

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

89 (15.4.1919)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postkassettensystem monatlich 1.20 M., vierteljährlich 3.60 M., zugestellt durch unsere Träger monatlich 1.40 M., vierteljährlich 4.20 M.; durch die Post 1.44 M. bzw. 4.32 M. vorauszahlbar. Ausgabe: Montag mirlags; Geschäftszeit: 7-11 und 2-4 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 7spalt. Kolonelleile od. deren Raum 25 S., zuzügl. 30 % Zeilungszusch. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestelle: 30 norm. für groß. Aufträge nachm. zuort. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Das Referendum.

Karlsruhe, 15. April.

Das Resultat der Volksabstimmung liegt zwar immer noch nicht vollständig vor. Die noch fehlenden Bezirke werden jedoch an dem Gesamtbild nichts ändern. Das badische Volk hat, soweit es als politisch mündig sich an der Abstimmung beteiligte, mit erdrückender Mehrheit die von der Nationalversammlung beschlossene Verfassung gutgeheißen. Daß noch zwei Drittel der Wählerkraft an dem höchsten Rechte des Volkes kein Interesse haben, ist sehr zu bedauern. Es haben sich jedoch verschiedene Hemmnisse geltend gemacht. Erstens ist die politische Hochspannung im Allgemeinen begriffen, den Druck der letzten Zeit kann auch das härteste Nervensystem nicht ertragen. Das an so vieles, so furchtbare Welterwidertüdes sei Nerven gewöhnte Publikum, wo ein Erlebniss voll Grauen und Schrecken das andere folgt, stumpft allmählich ab, daß eine Volksabstimmung, deren Ergebnis in gewissem Sinne doch feststeht, nicht mehr das Interesse zu wecken vermöchte, wie die eigentlichen Wahlen zum Nationalrat, zu denen wochenlang vorher agitiert wurde und die verschiedenen Parteieninteressen auf dem Spiele standen. Abdann haben es sich die Parteien diesmal etwas bequem gemacht wie bei den Wahlen, es wurden weder Flugblätter verbreitet, oder Plakate angeklebt, noch geschleppt. Wer kommen wollte, kam. Leute, die mit dem Verfassungsentwurf nicht in allen Paragraphen einverstanden waren, dürften es in allen Parteien gegeben haben. Beim Zentrum wurde insbesondere der § 19 mit Festlegung der Zwangsschule beanstandet, der vielleicht Viele von der Abstimmung abgehalten hat. Sonst hat sich das Zentrum gut gehalten, soweit partei-politische Verlautbarungen vorlagen. Die Deutsch-Nationalen, die früheren Konventionen, empfahlen ihren Leuten ebenfalls mit „Ja“ zu stimmen, allerdings mit der Einschränkung, man möge sich lieber der Abstimmung enthalten, wenn man mit diesem oder jenem nicht einverstanden sei, als mit „Nein“ stimmen. Auch in der deutschen (liberalen) Volkspartei gab es Abstimmungen, namentlich in Mannheim und Heidelberg. Der Sozialdemokratische Verein der genannten Partei stellte z. B. anheim wie die „Liberalen“ stimmen wollten. Der Landesvorstand der Unabhängigen forderte auf, abzustimmen, aber mit „Nein“.

Die 20 000 „Nein“-Jäger dürften sich also zusammenschließen aus den Unabhängigen einer größeren Zahl Deutsch-Nationalen, einer Anzahl Zentrumselementen und einem kleinen Rest Demokraten. Die Unabhängigen erhielten bekanntlich bei den Nationalwahlen rund 14 000 Stimmen; zieht man ihre wüste Agitation im ganzen Lande in Betracht, so ist der „Erfolg“, in den sie sich mit den bürgerlichen Verfassungsgewannern teilen dürften, herzlich unbedeutend. Doch sie nun beachtender werden, wagen wir nicht zu hoffen. Das liegt ihnen nicht!

Im großen Ganzen kann man mit dem Ergebnis fürs erste Mal zufrieden sein.

Das Referendum ist die letzte Überprüfung und Korrektur der von Regierung und Parlament geleisteten Arbeit. Es vollendet den demokratischen Charakter der Verfassung; wie die Wahl zu den Parlamenten ihm mit einem ersten demokratischen Akt eingeleitet hat. Die Volkssuprematie ist fideslos und die Entscheidung lautet „Ja“, wenn auch Dieser oder Jener nicht allem zustimmt. Die Verfassung ist das Ergebnis einer Gesamtarbeit von Vertretern verschiedener Interessensphären, sie bleibt infolgedessen behaftet mit vielen Kennzeichen der Kompromiß- und Konzessionspolitik. Und noch einen Stachel löst das abgeschlossene Werk in uns Sozialdemokraten zurück. Die eigentlichen demokratisch-republikanischen Hauptpunkte sind nicht erst durch die Verfassungsarbeit fixiert worden, sie standen bereits als Werk der Revolution selbst, als Mindestforderungen der Revolutionäre und Revolutionärsvereine fest. Davon war nicht mehr zu rütteln. Wir kennen unsere Pappenhäuser von der badischen Nationalversammlung. Wäre an jenem demokratisch-republikanischen Minimum irgendwie zu rütteln gewesen, sicher würde es hier geschehen sein und man kann nicht sagen, wer außerhalb der sozialdemokratischen Abgeordneten zuverlässig gewesen wäre.

Die badische Verfassung ist nun da und sanktioniert worden. Aber sie tritt im Sinne ihrer Autoren nicht mit dem Anspruch auf, Ewigkeitswerk zu sein. Auch in Baden braucht die Veränderungsarbeit nicht vor der Verfassung Halt zu machen. Das ist abermals ein Segen des demokratischen Entschens. In ihm liegt wirklich die Möglichkeit jenseitiger Vervollkommnung, sobald die Zeit gekommen ist.

Es darf zum Schluß wohl auch des geistigen Vaters der badischen Verfassung, unseres Parteigenossen Dr. Dietz, gedenkt werden, der sowohl durch seinen Entwurf als auch durch seine Mitarbeit bei der Durchberatung sich den Dank des gesamten badischen Volkes verdient hat. Es wird in der Geschichte des badischen Volkes verzeichnet werden.

Krebstimmen zur Volksabstimmung.

In der Beipredung des Ergebnisses der Volksabstimmung kommt die amtliche „Karlsruher Zeitung“ zu dem Ergebnis, daß die Abstimmung ein zufriedenstellendes und die Stimmung der Bevölkerung ausreichend widerspiegelndes Resultat gezeigt hat.

Das demokratische „Karlsruher Tagblatt“ hebt hervor, daß Baden auch in der neuen Politik an der Spitze marschiere; es wählte als erster Staat im Reich seine Nationalversammlung, die ihm wiederum als erster eine Verfassung gab. Baden zeige sich somit als ein politisch reifes Land.

Die ebenfalls der demokratischen Partei nahestehende „Bad. Landeszeitung“ schreibt, die schwache Beteiligung an der Abstimmung einer allgemeinen Wahlmüdigkeit zu und spricht den Wunsch aus, man möge in Zukunft die Bedeutung einer solchen Volksabstimmung auch äußerlich (wie in der Schweiz durch Wotfengeläufe, Versammlungen usw.) in Erscheinung treten lassen.

Das Hauptorgan der Zentrumspartei, der „Bad. Beobachter“, sagt, die Mehrheit für die Verfassung könne überwiegend genannt werden. Gewiß hätten manche sich der Abstimmung enthalten, weil ihnen irgend etwas an der Verfassung nicht gefallen habe, das badische Volk habe aber mit der Abstimmung den Schlüsselpunkt auf seinen Willen zur Ruhe und Ordnung gesetzt.

Die Lage in Bayern.

Berlin, 14. April. Nach einer Meldung des „Berliner Lokal-Anzeigers“ aus Bamberg ist die Räteherrschaft in Schwabmünchen, Lohr und Kitzingen gestürzt. Die Führer haben sich bedingungslos der Regierung Hoffmann ergeben und, nachdem auch Augsburg der Regierung Hoffmann Treue gelobt hat, ist nun das ganze Bayernland mit Ausnahme von Hof der Regierung Hoffmann wieder gewonnen.

Augsburg, 14. April. Der Schnellzug D 40 nach München ging gestern abend statt um 10 Uhr erst um 11 1/2 Uhr von hier ab. Er wurde nur bis Pasing abgefertigt, weil um diese Zeit im Münchener Bahnhofseingang heftige Kämpfe stattfanden. Es wurden Minen geworfen und das Durcheinander des Kampfes war so groß, daß Freund und Feind sich nicht mehr auskannten. 60 Verwundete wurden gezählt. Das Innere des Bahnhofsgeländes wurde demoliert und geplündert. Heute ist der Verkehr nach München mit Schweregefechten verbunden. Die Züge werden abgefertigt, erreichen im günstigsten Falle aber nur Pasing. Es kommen keine Züge von München hier an. Die Strecke nach Regensburg ist wieder frei. Sie war nicht geräumt, sondern zwischen Mühlhausen und Dinkelscherben haben regierungstreue Arbeiter und Soldatenräte der Bezirksämter dort die Züge nicht durchgelassen. Die Strecke nach Donaueschingen ist frei.

Augsburg, 14. April. In der außerordentlichen Sitzung des A. u. S. Rates, der am Sonntag zur Räterepublik Stellung nahm und über die Forderungen der Bayerischen Regierung Bescheid zu lassen, wurde der Beschluß auf Rücknahme der des Anschließes von Augsburg an die Räterepublik in außerordentlich erregter Debatte, die teilweise zu stürmischen Ausbrüchen ausartete, mit zwei Dritteln Mehrheit gefaßt. Der Stadtmagistrat nimmt keine Sitzungen wieder auf.

Augsburg, 14. April. Heute ist wieder eine telegraphische noch telefonische Verbindung mit München möglich. Auch der Personenverkehr von München aus ruht. Es schwärmen Gerüchte über schwere Unruhen durch die Stadt. Der Stadtkommandant Gelmann hat sich mit der Augsburger Delegation heute früh 9.30 Uhr im Sonderzuge nach Bamberg begeben, um der Regierung Hoffmann über das Resultat der gestrigen Versammlung Mitteilung zu machen.

Berlin, 14. April. Aus Nürnberg wird einer sozialdemokratischen Korrespondenz gemeldet: In Nord- und Südbayern ist alles in bester Ordnung. In München steht die weitmas größere Zahl der Truppen auf Seiten der Regierung Hoffmann. Die Kommunisten haben eine große Anzahl von Arbeitslosen bewaffnet und es finden dort immer noch Kämpfe zwischen ihnen und den Regierungstruppen statt. Jedoch beherrschen die Regierungstruppen völlig die Lage.

Die neueste Lage in München.

München, 14. April. Die Augsburger Neuesten Nachrichten“ melden über die letzten Vorgänge in München: Am Sonntag nachmittag fand eine Demonstration der kommunistischen Arbeiter und Truppen auf der Theresienwiese statt. In den späten Nachmittagsstunden unternahm die Spartakisten einen Angriff auf den Bahnhof, der von der ersten Abteilung der republikanischen Schutztruppe besetzt war. Die Beschießung des Bahnhofes erfolgte zunächst mit Gewehren und Maschinengewehren, wobei es zahlreiche Tote und Verwundete gab, insbesondere dadurch, daß die Postanten des Bahnhofesplatzes von der Schießerei völlig übernacht wurden. Gegen 10 Uhr erfolgte der allgemeine Sturm auf den Bahnhof, bei dem es den Angreifern gelang, in den Bahnhof einzudringen, worauf die Belagerung, die unter der Beschießung schwer gelitten hatte, sich ergaben mußte. Im Triumphzug wurde der Bahnhofskommandant Kuchendrenner die Neubaufstraße hinaufgeführt, um angehängt zu werden. In der Nacht wurde in kurzer Folge die Stadtkommandantur, das Hauptquartier der republikanischen Schutztruppen, genommen, sowie die anderen öffentlichen Gebäude Münchens und die Kaserne der republikanischen Schutztruppe. Ganz München war heute früh in den Händen der Spartakisten. Der Generalstreik wurde erklärt. Der Bahnhofplatz war von Mannschaften der roten Armee besetzt. In der Stadt herrschte verhältnismäßige Ruhe. Der Zugverkehr blieb eingestellt.

Zusatz des W.B. Augsburg: Authentische Nachrichten sind bei dem Mangel an jeglicher Verbindung mit München nicht zu erlangen. Der hiesige A. u. S. Rat erklärte auf Anfrage, keine Kenntnis über die Vorgänge in München zu haben. Im übrigen wurden von der Stadtkommandantur Augsburg alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen, um eine etwaige Rückführung der Münchener Vorgänge auf Augsburg zu verhindern. Die Arbeiter aus den Fabriken sind zum Schutz der Stadt und zur Verstärkung der Sicherheitswache bewaffnet worden.

Die Lage in Sachsen.

Dresden, 13. April. (W.B.) Infolge des Belagerungszustandes hat sich heute die Lage soweit gebessert, daß überall verhältnismäßige Ruhe eingetreten ist, jedoch durchzogen heute vormittag noch kleine Trupps von Demonstranten die Stadt. Die für heute anberaumte Kommunistenversammlung verpuffte völlig. Im Lande haben in den letzten Tagen in verschiedenen Orten Kundgebungen gegen die Lebensmittelverknappung stattgefunden, doch hat sich hier die Lage wesentlich gebessert. Im Zwickau-Deßau-Rudauer Kohlenrevier, wo der Streik im Abflauen begriffen ist, haben sich bei einer Abstimmung 90 Prozent der Arbeiter gegen die Fortsetzung des Streiks erklärt. Wie weiter mitgeteilt wird, wurden bisher in Dresden 4 Personen verhaftet, die im Verdacht stehen, an der Ermordung Neurings beteiligt gewesen zu sein. Das Eintreffen der zur Aufrechterhaltung der Ordnung von auswärts entsandten Truppen steht unmittelbar bevor.

Dresden, 13. April. (W.B.) Das Gesamtministerium hat über den gesamten Freistaat Sachsen den Belagerungszustand verhängt und die Kommandogewalt dem militärischen Oberbefehlshaber übertragen. Das Gesamtministerium hat zum Oberbefehlshaber Bruno Kirchoff in Dresden bestimmt. Dieser hat für die Zeit des Belagerungszustandes das Ständrecht verkündet.

Die Lage im Reich.

Braunschweig, 14. April. Die Unternehmer haben den Streikenden die Forderung gestellt, die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen, widrigenfalls sie ihre Betriebe bis 8 Tage nach Ostern geschlossen halten würden. Die Vertreter der streikenden Arbeiter haben darauf einstimmig beschlossen, im Generalstreik zu verharren. Der Beamten- und Bürgerstreik dauert ebenfalls unverändert fort. Dem Beamtenstreik haben sich am Freitag auch die städtischen Beamten angeschlossen. In einer vom Ortsarbeiterrat einberufenen Versammlung erklärten die Beamten, daß der Streik solange dauern werde, bis die Arbeiterschaft den Generalstreik beigelegt habe.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Mülheim (Ruhr), 14. April. Die Mülheimer revolutionäre Arbeiterschaft beschloß die Fortsetzung des Generalstreiks, bis die gestellten wirtschaftlichen und politischen Forderungen reiflos angenommen sind. Weiter beschloß man, den Fabrikanten und der Eisenbahn das Wasser zu entziehen. Essen a. d. R., 14. April. Friedrich Krupp, A.-G., teilt mit, daß der Streik bei der Firma erloschen sei. Essen a. d. Ruhr, 14. April. Die Arbeiter des Rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerkes verharren noch weiter im Sympathiestreik, sind aber heute Morgen mit wenig Ausnahmen zur Arbeit erschienen, um die Notstandsarbeiten zu verrichten.

Die Friedensberatung.

Paris, 13. April. (Gavas) Der Vierzerrat hielt gestern zwei Sitzungen ab, die positive Ergebnisse zeitigten, welche von der französischen Bevölkerung mit großer Befriedigung vernommen werden. Das Saarproblem wurde endgültig gelöst, wobei Frankreich die Bewilligung zur dauernden Ausbeutung erhielt und die Kohlengruben ganz in seinen Besitz übergeben sollen. Die Saarbewohner werden über ihre Nationalität selbst zu entscheiden haben. Diese Selbstbestimmung sei auf das Vorgehen Wilson zurückzuführen, der sie als Forderung aufgestellt hatte. Wir glauben zu wissen, daß die vorliegenden Informationen auf Wahrheit beruhen und den Beschlüssen des Vierzerrates genau entsprechen. Der Vierzerrat einigte sich ferner über die Summe, die Deutschland sich verpflichten soll als Voranschlag der Entente zu entrichten. Sie wird 125 Milliarden betragen und soll in Form von Gold, ausländischen Werten, Rohstoffen und Krediten auf ausländischen Märkten beglichen werden. Drei Fünftel dieser Summe sollen Frankreich zur Wiedergutmachung der Kriegsschäden zugewiesen werden. Außerdem wird ein erheblicher Betrag als sofortige Abschlagszahlung festgelegt. Diesen Ergebnissen wird eine beträchtliche Wichtigkeit zukommen, da sie zu einer Einigung auch in den finanziellen Fragen führen werden.

Berlin, 14. April. (Privatmeldung.) Nach Pariser Meldungen des „A. Z.“, die als zutreffend gelten können, werden die Friedensverhandlungen mit der deutschen Delegation noch vor Ablauf dieses Monats in Versailles beginnen. Bei Lage der Dinge kann demnach damit gerechnet werden, daß die deutsche Delegation gegen Ende der nächsten Woche von Berlin abreist.

Erwachen in Frankreich.

Bern, 13. April. (W.B.) Der Kampf um den Frieden scheint in Frankreich in die entscheidende Phase getreten zu sein. Nach einer Pariser Meldung des „Progress de Lyon“ ist die Unzufriedenheit mit dem langsamen Gang der Konferenzverhandlungen so groß, daß selbst regierungsfreundliche Mütter und die schärfsten Deputierten die Gerüchte über eine bevorstehende Ministerkrise weitergeben und bereits von den zahlreichen Gelächern sprechen, die Nachfolge Clemenceau zu übernehmen. Weiter veröffentlicht die „Humanité“ einen Aufruf der „Confederation Generale du Travail“, in dem es heißt, daß die alliierten Regierungen heute ihre feierlichen Versprechungen, wonach ein gerechter Frieden geschlossen werden müsse, gebrochen hätten. Die Arbeiterkreise würden sich dagegen erheben. Der Aufruf wendet sich aber auch gegen die Art, wie das Selbstbestimmungsrecht der Völker gehandhabt wird und verlangt die Aufhebung der Blockade; desgleichen widersteht sich der Aufruf jeder Fortsetzung des Krieges, in welcher Form es auch sei.

ite 6.
ruhe.
Uhr, in
rabe.
ng.
ert über
nde, Be
eramm-
rscheinen.
stand.
ntionen
richtende
im Be-
immer
ormit-
men.
2719
Ritglieder
ung auf
v an
Strombe-
ie Stra-
Bestat-
Schlacht
),
ell Dag-
hiesigen
die Bau-
infel G.
Gelände
r Bahn-
n-Straße
2785
Alte des
Rech-
der Kam-
er Reize
mit 5000
10000
18000
Schluf.
sträumen
Stot,
12 1/2
2785
urloch
s 8 Uhr
ng
eit.
e.
uhr,
d.
ld,
a der
2708

Herr Abg. Muser und die Maifeier.

Gen. A. Weismann schreibt uns als Mitglied der Verfassungskommission der badischen Nationalversammlung: In der Sonntagsnummer des „demokratischen“ „Karlsruher Tageblattes“ unternimmt Herr Abg. Muser in einem ziemlich langen Artikel den Versuch, die Stellung der Mehrheit seiner Parteifreunde zu dem sozialdemokratischen Antrag, den 1. Mai als gleichmächtigen Feiertag zu erklären, zu rechtfertigen. Der Mehrheit der Demokraten! Denn ein anderes demokratisches Mitglied der Verfassungskommission trat in warmen Worten und unter Anerkennung der grundsätzlichen Berechtigung der Maifeier-Idee für den sozialdemokratischen Antrag ein und legte diese Gründe dann auch im „Karlsruher Tageblatt“ klar. Herr Muser war also auch in diesem Punkte Außenstehender seiner Fraktion, bekanntlich nicht das erste Mal während der jetzigen Tagung der Nationalversammlung.

Seine Argumente, welche er in dem angezogenen Artikel niederlegt, sind die gleichen, die er in der Kommission vortrug. Er will den 1. Mai nicht als badischen Nationalfeiertag gelten lassen, wir sollten nicht künstlich einen Feiertag-Parasiten ins Leben rufen. Die am heutigen Dienstag stattfindende Sitzung der Weimarer Nationalversammlung entscheidet Herrn Muser dieser Sorge, denn es wird dort abgeklärt über den sozialdemokratischen Antrag, den 1. Mai als gleichmächtigen Feiertag für ganz Deutschland zu erklären.

Herr Abg. Muser meint dann weiter: würde der 1. Mai zum gleichmächtigen Feiertag erklärt, dann stünde er erst auf dem Papier, in das Innere der Menschen, in Herz und Willen des Gesamtvolkes sei er noch nicht eingedrungen. Na, weiß Herr Muser nicht, daß der Maifeiertag, weil er seit Jahrzehnten von der Sozialdemokratie propagiert wurde, in Millionen Arbeiterherzen eingedrungen ist, und will er nicht zugeben, daß er erst dadurch inneres Gemeingut des ganzen Volkes werden kann, wenn man ihn tatsächlich zum deutschen Nationalfeiertag erklärt?

Herr Abg. Muser gibt dann der Befürchtung Ausdruck, die Feiertagsstimmung am 1. Mai würde vom schrillen Geschrei des Klassenkampfes, den die Sozialdemokratie an diesem Tage ostentativ verkünde, überhört werden. Als die sozialdemokratischen Mitglieder des Verfassungsausschusses diesen Einwand hörten, hatten sie die Empfindung, daß Herr Muser noch nie eine Maifeier besucht, noch nie einen sozialdemokratischen Feiertag am 1. Mai erlebt hat. Somit müßte er wissen, daß die wichtigsten Forderungen der Maifeier-Idee waren: Erringung des Achtstundentages und Herbeiführung des Völkerrfriedens. Unsere grundsätzliche Stellung zum Staate und zu den herrschenden Gesellschaftsklassen haben wir bei anderen Gelegenheiten, aber keineswegs nur am 1. Mai, in den Vordergrund der öffentlichen Erörterung gerückt. Am 1. Mai 1919 aber liegt der Kern der Maifeier in der scharfen und eindringlichen Betonung der Notwendigkeit des Völkerrfriedens, einer Idee, deren Verwirklichung sich gewiß auch Herr Muser nicht verweigert. Denn der Achtstundentag ist inzwischen erfolgreich verwirklicht, Tatsache geworden, der jahrzehntelange Kampf um ihn wurde nicht vergebens geführt.

Um den Völkerrfrieden und um seine recht baldige Herbeiführung, Herr Abg. Muser, ist es uns also zunächst zu tun. Das „schrille Geschrei des Klassenkampfes“ wird natürlich auch ferner ertönen, und zwar so lange, wie wir die kapitalistische Gesellschaftsordnung mit ihrer järrischen Differenzierung der einzelnen Klassen der Bevölkerung haben, aber es wird der Maifeier nicht das eigentliche Gepräge geben. Wäre aber der 1. Mai in Baden nicht zum gleichmächtigen Feiertag erhoben worden, hätte die Mehrheit der badischen Nationalversammlung, bestehend aus dem Zentrum und den Demokraten, den sozialdemokratischen Antrag abgelehnt, dann wäre sicher das Feuer des Klassenkampfes, um mit Herrn Muser zu reden, heftig geschürt worden, denn unsere Parteigenossen hätten sich mit Recht gelagt, wir begehen die religiösen Feiertage, feiern außer Ostern, Pfingsten und Weihnachten auch den Fronleichnamstag und den Karfreitag usw., der Staat hatte früher Kaiser- und Großherzogs-Geburtsstagsfeiern angeordnet, und unseren Ideen, unseren politischen und wirtschaftlichen Gedankengängen, unserem Ruf nach dem Völkerrfrieden trägt der Staat, auch der Revolutionsstaat Baden, keine Rechnung. Herr Muser wird nicht bestreiten können, daß mit einem solchen Beschluß — und er war zu erwarten, wenn die badische Nationalversammlung in der Maifeierfrage das letzte Wort hatte — das „schrille Geschrei des Klassenkampfes“ auch im Jahre 1919 nicht milder abge-

klamt worden wäre. Er spricht in seinem Artikel viel von der Notwendigkeit der inneren Gewissensforschung, er sagt, wir sollten den Gögentempel in uns selbst zerstören, dann erst hätten wir das Recht, für den Einzug des Sozialismus Triumphbögen zu errichten. Vielleicht kann man ihm erwidern, daß sich die Arbeiterchaft und die Sozialdemokratie von dieser Gewissensforschung nicht ausschließen wollen, sie vermissen aber, daß man den nichtsozialdemokratischen Kreisen nicht energischer zuzurufen: Zertrümmert auch Ihr den Gögentempel in Euch selbst! Daß es daran ebenfalls fehlt, daß z. B. die bestehenden Klassen die herrschende Meinung auf allen Gebieten noch immer wesentlich leichter ertragen können, wie die breiten Massen der minderbemittelten Bevölkerung, das weiß auch Herr Muser, und wir erwarten von ihm, daß er auch nach der andern Seite hin seine zeitgemäßen Mahnungen richtet.

Herr Muser bezeichnet sich hier und da als einen Sozialisten. Er mag ein offenes Wort gestatten: Seine Stellungnahme zu den Schul- und Kirchenfragen, wie sie in der badischen Verfassung niedergelegt sind, auch zu manchen anderen politischen Problemen, läßt in den Reihen badischer Sozialdemokraten gar oft das Bedauern aus, daß wir ihn in der Gesellschaft sehen. Der feurige Verteidiger der in der ausnahmsgeheulichen Zeit angelegten Sozialisten, der mutige Vorkämpfer für wahre Demokratie in den Reihen der allmächtigen Herrschaft der badischen Nationalliberalen wandelt heute gar oft Wege, die nach unserer Auffassung nicht zur Demokratie, noch weniger aber zum Sozialismus führen. Wenn diese Feststellung ihm auch innerhalb der badischen Sozialdemokratie mancher Sympathien beraubt, die er früher genoss, wenn es öfter zu politischen Auseinandersetzungen zwischen ihm und uns kommt, dann dürften nicht wir anzulegen sein, sondern fast ausschließlich Herr Abgeordneter Dekar Muser, der einstmalige glänzende Führer der badischen Demokratie.

Rätekongreß.

Berlin, 11. April.

Die heutige, vierte Sitzung des Rätekongresses begann mit starker Verspätung, da die Fraktion der Mehrheitssozialisten noch in einer Fraktionsitzung über ihre Stellungnahme zum Rätekongreß beriet.

Dauhoff eröffnet die Sitzung. Auf der Ministerbank sind die Reichsminister Schmidt und Wissel sowie Direktor Krüger vom Reichsarbeitsamt.

Rede (Soldatenfraktion) berichtet über das Ergebnis der Kommission zur Freilassung von Brandes und Genossen. Alle Bemühungen seien vergeblich gewesen. (Hört, hört!) Minister Noske habe ihm erklärt, daß er alles getan habe, das Gesetz habe sich aber nicht für zuständig erklärt, da es nicht wisse, ob das Landgericht Magdeburg oder das Reichsgericht zuständig sei. Es bestehe ein begründeter Verdacht des Hochverrats. (Unruhe und Bewegung.) Ein Bruder des Verhafteten habe sich bei ihm beklagt, daß die Verhafteten Hunger litten. — Holstein (Zena) berichtet über die Kommission zur Freilassung Lebedours. Es sei wohl ein ablehnender Beschluß zu erwarten, denn der Senatspräsident habe gestern schon in der Kommission die rechtlichen Bedenken hervorgehoben und auf die Konsequenzen verwiesen. Er meinte aber, daß die Sache sehr einfach wäre, wenn die Nationalversammlung ein kurzes Gesetz annehmen würde, das den Mitgliedern des Rätekongresses Immunität gewährt.

Noskefeld fragt, was die Reichsregierung und der Zentralrat tun wolle, um schließlich das Gesetz über die Immunität einzubringen, obwohl seine Partei auf dem Standpunkt stehe, daß ein solches Gesetz überhaupt nicht nötig sei. — Gohens-Neuß ist auch der Meinung, daß die Mitglieder des Kongresses immunit sein. Es sei aber jetzt unmöglich, für diese Tagung noch ein Gesetz von der Nationalversammlung zu verlangen. — Reichsminister Schmidt kann natürlich keine Erklärung für die Regierung abgeben, ist aber bereit, den Antrag sofort zu übermitteln.

Gegen die Stimmen der Demokraten wird ein Antrag angenommen, der fordert, schließlich Vorworte zu treffen, daß der 1. Mai und 9. November als allgemeine Feiertage mit völliger Arbeitsruhe erklärt werden.

Dr. Noskefeld-Berlin begründet einen Antrag der U.S.P.: Der Rätekongreß wolle beschließen: 1. Der Belagerungszustand ist sofort im ganzen Reich aufzuheben. 2. Alle politischen Gefangenen sind sofort freizulassen. Wegen aller politischen Verbrechen ist Amnestie ein. — Der polnische Kommunist Jankowski aus Lublin in Oberschlesien verlangt sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes im ober-schlesischen Industriegebiet und Gleichberechtigung des Polnischen auch als Amtssprache.

Reichsminister Schmidt erklärt, daß der Belagerungszustand aufgehoben werden würde, sobald einhergehender Ruhe herrsche. Er

stellt anheim, auch an die Münchener Regierung das Erjuden und Aufhebung des Belagerungszustandes zu richten. (Große Beifallstöße.) Die Polen werden in keiner Weise zurückgelehnt. Die Regierung wird aber jederzeit dem Bestreben entgegenzutreten, Oberbeschlüssen von Deutschen Reich zu trennen; und an den Lebenswerten der deutschen Wirtschaft in Oberschlesien Sabotage zu üben.

Schimmel von der Mehrheitspartei erklärt, daß seine Fraktion grundsätzlich auf dem Standpunkt stehe, das Eigentum und Recht zu schützen, nötigenfalls auch durch den Belagerungszustand. Die Partei lehne das Verlangen auf Aufhebung deshalb ab.

Die demokratische Fraktion läßt erklären, daß sie die Anträge auf Aufhebung des Belagerungszustandes ablehne. In dieser schwierigen Situation müsse man die Regierung stützen. (Zuruf: Zurück!) Unter Ablehnung der Anträge über die Aufhebung des Belagerungszustandes beschließt der Kongreß auf Antrag der Mehrheitsfraktionen folgende Forderung: Entlassung aller politischen Gefangenen, die aus Anlaß von bereits abgeschlossenen politischen Vergehen verhaftet worden sind. Ferner sind alle als Geiseln Verhafteten sofort zu entlassen.

Auf Befürwortung durch Lehner, Loos, Rammstedt (Dem.) nimmt der Kongreß einen Antrag auf Einberufung einer Schul-Konferenz in Weimar an, die über den Aufbau des Schulwesens zu beraten haben soll.

Darauf beschäftigt sich der Kongreß einige Stunden lang bei schwach beleuchtetem Hause mit den Anträgen der Soldatenfraktion. Wohlwollend-Durchlaß begründet eingehend den ersten dieser Anträge: 1. Um den organisatorischen Aufbau der Soldatenräte zu vollenden, entsprechend der Organisation der Arbeiterräte, erhalten die Soldatenräte durch den Reichsjobdatentrat sofort eine Vertretung beim Reichswehrministerium. 2. Der Reichsjobdatentrat besteht aus neun Mitgliedern, die aus der Soldatenfraktion des Kongresses zu wählen sind. 3. Der Reichsjobdatentrat ist die oberste Instanz aller Soldatenräte. 4. Dieser Reichsjobdatentrat hat bei allen Verfügungen und Befehlen des Reichswehrministers mitzubestimmen und mitverantwortlich gegenüberzutreten. 5. Der Reichsjobdatentrat ist gesetzlich festzulegen.

Folger-Dangjerg verlangt die Durchführung der sieben Hamburger Punkte: Abschaffung aller Orden, Ehrenzeichen und Auszeichnungen, des Adelspatrits, aller Rang- und Gradabzeichen, der Namenszüge, Kronen und Wappen. Kron- und Posen sind entschieden gegen jede Aufhebung des Grenzschutzes. Wir in Polen haben Gott gedankt, als der Grenzschutz endlich kam.

Distreuter-Baldenbrag erklärt den Grenzschutz für höchst überflüssig. — Der Antrag auf Beilegung des Grenzschutzes gegen die Tschechen wird mit 90 gegen 85 Stimmen angenommen, desgleichen ein Antrag aus Schlesien-Holstein gegen die Freiwilligen-Verbände.

Große Tumultszusammengehe bei der Abstimmung über den Antrag der Soldatenfraktion auf Errichtung eines Reichsjobdatentrats. Der Antrag wurde zunächst mit offenkundiger Mehrheit abgelehnt, worauf von der Linken großer Lärm entstand. Die Abstimmung wurde jedoch angeordnet und es wurde ausgezählt. Nun ergab es sich, daß 109 für den Antrag und 105 dagegen waren.

Zur Annahme gelangt darauf folgender Antrag der Mehrheitssozialisten: Wir fordern die Errichtung einer Volkswirtschaft auf Grundlage der allgemeinen Dienstpflicht. (Wir zur Aufstellung derselben erhalten die S. Räte eine sofortige Vertretung beim Reichswehrministerium, die bei allen Verfügungen und Anordnungen, soweit sie sich nicht auf Führung und Verwendung der Truppen und Waffen beziehen, mitzubestimmen hat. Die Vertretung, die aus 9 Mitgliedern besteht, ist die oberste Vertretung aller Soldatenräte. — Nur die Unabhängigen stimmen dagegen; die Soldatenfraktion enthält sich der Abstimmung.)

Weiter wird ein Antrag der Soldatenfraktion angenommen, der die Abschaffung aller Orden, Ehrenzeichen usw., die Ablegung aller alten Rang- und Gradabzeichen, Namenszüge, Kronen und Wappen auspricht. Jeder Unterchied des Standes und der Geburt wird aufgehoben, der Adel abgeschafft, die Führung von Wappensteinen verboten. Ferner wird beschlossen: Die Beförderung der Offiziere ist mit abhängerig von der Wahl durch die Mannschaften, ebenso die Übernahme der jetzigen Offiziere in die Reichswehr. — Der größte Teil der Demokraten stimmt dafür.

Damit ist der erste Punkt der Tagesordnung erledigt und die Verhandlungen werden auf Samstag früh vertagt. Auf der Tagesordnung steht für morgen als Hauptpunkt das Rätegesetz. Nächste Sitzung Dienstag 110 Uhr. Anfragen, Maifeier-Vorlage, Ermächtigungsgesetz, Railegesetz und Wahlprüfungen. Schluß 7 Uhr.

Berlin, 14. April. In der heutigen Sitzung des Rätekongresses wurde die Sozialisierung des Wirtschaftslebens erörtert. Anstelle des erkrankten Karl Kautsky verlas seine Frau sein Referat, in dem die Schaffung einer Organisation gefordert wird, durch die den Arbeitern und Konsumenten in der Wirtschaft der notwendige Einfluß auf den Produktionsprozeß ermöglicht werden soll. Nur zur Sozialisierung reife Produktionszweige dürfen sozialisiert werden. Die bäuerliche Landwirtschaft sei noch nicht reif dafür. Die heutige Koalitionsregierung habe die Sozialisierungskommission zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt. Man brauche ein Sozialisierungsamt und erweitere dessen Befugnisse

Die Expressionisten in der Galerie Moos.

Wir haben kürzlich einem Mitarbeiter, der Gegner der neuen und neuesten Kunstströmungen ist, das Wort gegeben. Da jedoch die Bestrebungen dieser Richtungen uns als durchaus ernst und beachtenswert erscheinen, in gewissem Sinne auch in Beziehung zu dem revolutionären Drange der Arbeiterchaft, des Proletariats nach Befreiung, nach Gewinnung neuer, höherer Lebens- und Ausdrucksformen stehen, gewähren wir gerne auch einem Freunde und Befürworter der neuen Richtung das Wort. Die Red.

Auch die Entwicklung vom Impressionismus zum Expressionismus ist letzten Endes vorbereitet in den Verhältnissen, die zu den großen Umgestaltungen unserer Tage geführt haben. Auf politischem und sozialem Gebiete ist diese Neuordnung und Neuwertung bereits zu greifbaren Ergebnissen gelangt. Der Kampf gegen die menschenunwürdige Macht des Kapitalismus, gegen die Sklaverei des mit unwahre gewordenen feudalen Autoritätsresten durchsetzten Militarismus, gegen Klassenherrschaft und Monarchie, dieser Kampf hat eine gebundene Tatkraft und hat schon erreichte Ziele aufzuweisen, die für jeden klar zu Tage liegen.

Die parallele Entwicklung auf künstlerischem Gebiete hat für viele noch etwas Lastendes, Sündendes, etwas Wunderliches, das zu einem billigen Lachen verfügen könnte. Und doch sollte der für die Gestaltung einer neuen besseren Welt kämpfende Ehrfürst vor den Zielen des Expressionismus empfinden. Denn auch hier ist ein Kampf gegen die Sklaverei des Alten, gegen Naturalismus und Impressionismus, jene Kunstausdrucksformen, die in ihrer die schöpferische Entfaltung des Individuums hemmenden Angst vor den Geboten einer tyrannischen Wirklichkeit einen unlegbaren tieferen Zusammenhang haben mit dem „Stillschanden“ und dem „Sich-Ausdrücken“ auf dem Kaiserhofe. Der Expressionismus kämpft für die Freiheit des schöpferischen Menschen, sein Erstes ist, daß er laut und mutig protestiert. Er wirft die Fesseln der angeblichen „Wirklichkeit“, des Gebotes „So ist es draußen“ laut und heftig von sich und in den guten expressionistischen Kunstwerken hört man noch das Klirren dieser fortgeschleuderten Ketten. Der Expressionist will uns eine neue Welt des wach-

lichen Innern aufbauen. Es ist kein Zufall, daß er aufsteht in einer Zeit, die äußerlich traurig, zerrissen und voller Not vor uns liegt. Das gerade gibt ihm die Kraft und die tiefe Sehnsucht, einen Bau über uns aufzuführen, der, wie die Vögel der Gotik, erst hoch und fern über unseren Häuptern sich schließt. Der Expressionist führt diesen Neubau aus, indem er sich die Steine dazu unter Qualen aus seinem Innern reißt, denn draußen in „Natur“ findet er diese Steine nicht. Daher hat diese Kunst zunächst etwas Gewalttätiges, Groteskes, etwas Schmerzliches. Aber unjomehr ist sie die Kunst der Zukunft.

Diese Ueberzeugung gewinnt, wer ernsthaften Willens die Ausstellung der Gruppe „M8“ in der Galerie Moos besucht. Es ist unter den ausstellenden Künstlern nicht einer, der nicht diesen großen Ernst der Verinnerlichung und Ursprünglichkeit anpfeife, für den wiederum der Drang nach Vereinfachung aller äußeren Mittel charakteristisch ist.

Nicht alle sind in dieser Selbstentäußerung so radikal wie Egon Litta, dem es gelungen ist, in seinen zwei Bildnissen einen Gang seiner starken naiven Grundgestühle aufzusagen und jedem Willigen zu vermitteln. Die Willigkeit und Inwendigenommenheit könnte, das sei hier bespödisch bemerkt, im Zuschauer nur gestärkt werden, wenn dem Betrachter der schönen Tafeln Platz nicht sofort fressen in Gestalt von Wüstenentnungen angelegt würden, die den Geist der Grundgestühle einatmen soll, in ganz bestimmte Bahnen der Begrifflichkeit drängen. Schon mehr Verachtung haben die Benennungen unter den Wüsten Rudolfs Schlichters. Seine starken abstrakten Zeichnungen sind mit Gegenständlichem durchsetzt; Felsen von angeschauenen Körpern wäbeln durch seine farbigen Kompositionen, die, wie der „Joho“, eine reiche, schillernde, dennoch einheitlich begrenzte Seele offenbaren. Am stärksten wohl zeigt er Ausgleich und Nähe seiner Kraft in den Aquarellen.

Die starke Begabung für das Ornamentale und Dekorative, die Max Fischer in seinen Graphiken und Farbenkompositionen beklundet, scheint mir seiner Ursprünglichkeit zu schaden. Er hat nicht die fruchtbare Herbe, die in der Konsequenz der ihm erstrebten abstrakten Malerei liegt, er läßt vielmehr seinem raffinierten Können etwas zu sehr die Fägel schwingen und seine Kunst hat ein wenig zu viel Spielerei, um immer den ersten Widerspruch zu werden, den verschiedene seiner verheißungsvollen Widers erzwingen.

Die Notwendigkeit eines Erlebnis spricht aus den Bildern Vladimir Jabotins. Weniger vielleicht aus seiner interessanten, „Schlaf“ benannten Komposition als aus den „Ferden“. Hier ist eine farbig und linear aufgeteilte Fläche, hier strömt der Künstler den Rhythmus wie ein Wasserfall, hier strömt der „Schlaf“ abwärts. — Ganz vom Gegenständlichen durchdrungen sind Eugen Segewitz, Walter Weder und Georg Scholz.

An Segewitz' lange erprobtes hohes naturalistisches Können scheint sich der Expressionismus zunächst nur in seiner „Gewalt“ ganz organisch anzuschließen. Es fehlt das Bindglied zwischen mir und den „Menschenbildnissen“. Dies zu erringen scheint mir Segewitz' verheißungsvolle Aufgabe für die Zukunft zu sein. Vorderhand sind die Gestalten seiner „Menschenbildnisse“ noch verrent ohne von innen her durchgearbeitet zu sein von einem neuen, eigenwillig und unbestimmt gestalteten Geiste.

Das sind in hohem Maße die Figuren von Georg Scholz. Seine „Säugende Hindin“ bäumt sich auf, einem Himmel entgegen, unter dem sie wirklich leben und säugen kann. Es ist vielleicht etwas ganz anderes als eine Hindin, das Tier, das das mütterliche Schmerzen redt. Aber es ist in der Seele eines Künstlers geboren und es bringt bei seiner Geburt eine ganz neue freischwebende Welt mit, zu der doch Wade von der alten Welt hüberführen, die unsere Augen kennen. Kräftig, reich, altmeisterlich ist die „Galizische Weidung“, eine leuchtende, bewegte Tafel. Die Graphiken und Aquarelle von Scholz sind des besonderer Beachtung wert.

Mit wenigen, um so zwingenderen Strichen baut der Graphiker Weder seine Welt vor uns auf. Es ist eine andere wie die von Scholz. Sie ist scharf umgrenzt, aber es ist auch eine neue, von aller „Wirklichkeit“ unabhängige, geschlossene Welt. Der Blick eines Kindes auf dem Holzschnitt, die Geburt des Kindes auf der Lithographie, die vielen arzten Bewegungen seiner Tiere offenbaren mit einer bewundernswerten Klarheit und Keuschheit der Linien ein Reich der Tiere, durchaus würdig, neben dem J. Max angebahnt zu werden. Seine hohe Begabung für Buchillustration beweist Weder in seinen Entwürfen für Coopers „Bederstrumpf“ und Dostojewsky.

Die Galerie Moos hat sich durch ihre Förderung dieser schon angefeindeten, dennoch aber wahrhaft zukunftsreichen Kunst schon ein Verdienst erworben.

für Reich, Staat und Gemeinde. In einer Erörterung erklärte Reich (S. 2): Wenn hauptsächlich das Konsuminteresse an die Spitze stelle, so sei das eine Gefahr aus dem Reich. Reich erklärte sich mit dem Referat einverstanden und legte nur die gegen die Drogenverteilung gerichteten Ausführungen ab. Aden-Galle (H. S.) sagte: Die Betriebe müssen durch Betriebs- und Arbeiterräte von innen heraus für die Sozialisierung reif gemacht werden.

Die Lebensmittelfrage.

Weimar, 14. April.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 9 Uhr. Am Ministerlich Ernennungsmittler Schmidt. Der Abg. Dietrich (Baden, Dem.) hat sein Mandat niedergelegt. Auf der Tagesordnung steht die

Sozialdemokratische Lebensmittel-Interpellation.

Abg. Möhle (Soz.): Wir verlangen Verteilung der ausländischen Lebensmittel nach der Bedürftigkeit. Die Entente nützt unsere Notlage sehr aus, aber die Verhältnisse werden noch verschlechtert durch die fortwährenden Streiks, deren Folgen ein weiteres Sinken der deutschen Valuta ist. Unsere Arbeiter sollten sich von den gewissenlosen Demagogen abwenden. Im Notfall müssen Reichsmittel zur Verfügung gestellt werden, damit der Verbraucher, auch der Minderbemittelte, sich ausländische Lebensmittel kaufen kann. Wir fordern Festhaltung an der Zwangswirtschaft, solange eine Knappheit an den notwendigen Lebensmitteln besteht.

Ernährungsminister Schmidt:

Ich kann nicht mit der Verteilung warten, bis eine gleichmäßige Abgabe an das ganze Land stattfinden kann. Ich muß zunächst gewisse Bezirke bevorzugen. Nur durch Betrug oder Diebstahl könnten die ausländischen Lebensmittel in die Hände des Schleihhandels geleitet werden. Was mich auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung beunruhigt, ist, daß in letzter Zeit große Lebensmittelmagazine in erheblichem Umfange geplündert wurden. Diese Vorgänge vermindern unseren Kredit im Auslande und erklären erheblich die Einfuhr. Beunruhigend ist auch, daß die Lebensmitteltransporte nur mit starker Bedeckung gehen können. Eine Beunruhigung entsteht weiter dadurch, daß durch den Streik der Beamten die Abgabe ausländischer Wertpapiere verzögert wird. Wir haben zu befürchten, daß die auf dem Wege befindlichen Lebensmittelschiffe, wenn wir nicht die Finanzierung der Lebensmittel aufbringen können, noch auf der Fahrt umdriert werden und ihren Bestimmungsort Deutschland überhaupt nicht erreichen. Durch die Streitfrage, ob bei der Entlassung eines Angestellten diese oder jene Angestelltengruppe mitzubestimmen hat, kommt die Nation in Gefahr, in ihrer Lebenshaltung beeinträchtigt zu werden. Mit großer Beunruhigung sehe ich die Schiffe aus deutschen Häfen mit Ballast abfahren, obwohl wir in der Lage wären, Kali als Zahlungsmittel auszuführen. Schließlich kann doch nicht eine einzelne Erwerbsgruppe unter Ausnutzung der Zwangslage der heutigen Gesellschaft auf der unelastischen Erfüllung ihrer Forderungen bestehen. Wenn die Bergarbeiter eine bessere Lebensmittelversorgung für sich beanspruchen, so sage ich, niemand hat mir schwerere Hindernisse bei der Beförderung der Lebensmittelversorgung in den Weg gesetzt als die Bergarbeiter mit ihren Ansprüchen (mit erhöhter Stimme). Wenn in der Bevölkerung Unruhen vorhanden sind, so mögen sich die Besessenen an die einzigen Schuldigen halten. Was die Verteilung der ausländischen Lebensmittel anlangt, so handelt es sich für den Augenblick nur darum, wozu die Bestände, die im beschränkten Umfange vorhanden sind, geleitet werden sollen. Darauf antworte ich: In die großen Städte, wo sie am dringendsten benötigt werden. Ich werde mich durch keine Vorstellungen davon abbringen lassen, diese bevorzugten Lieferungen durchzuführen. Ich halte diese Bevorzugung auch aus rein volkswirtschaftlichen Gründen für notwendig, denn es handelt sich dabei um Industriebetriebe, die in erster Linie berufen sind, unsere wirtschaftliche Lage wieder hochzubringen. Ich sehe darin auch ein vorzügliches Mittel zur Behandlung der politischen Unruhen, die ihren Untergrund zu einem erheblichen Teile zweifellos in der nicht ausreichenden Lebensmittelversorgung haben. Der Vorwurf, daß uns die Entente besonders hohe Preise auferlegt, ist unberechtigt. Die einzig Schuldigen sind wir selbst, nämlich infolge des Zusammenbruchs unseres Wirtschaftslbens. Unsere Valuta sinkt fortgesetzt. Der Sped. den ich am 14. März mit 237 M. das Rio in Aussicht stellte, ist durch das Sinken der Valuta am 10. April schon auf 1082 M. gestiegen. Man hat meine Grundpreispolitik bemängelt. Ich brauche noch einen Zuschuß von 600 000 Tonnen Mehl zur Vorbereitung. Die Ablieferung von Getreide ist in den letzten Monaten überraschend gewesen. Die Zwangswirtschaft ist also nicht zusammengebrochen. Gätten wir für die größeren Betriebe der Landwirtschaft Kosten, so wäre noch viel mehr Getreide abgeliefert worden. Wenn ich dann die 600 000 Tonnen Mehl zur Vorbereitung aus teurerem ausländischen Mehl hinzusetze, so ergibt das ein Defizit für die Reichskasse für 1 Milliarde Mark. Dieses Defizit erhöht sich noch um 1,5 Milliarden Mark durch das Mehl, das ich durch den Anfall der Kartoffeln zur Verfügung stelle. Da ich die Reichskasse bei der Gesamtlage nicht in Anspruch nehmen kann, muß ich auf den Preis des Mehles eine Mitsprache hinzuschlagen. Ich werde die Einrichtung treffen, daß auf die Brotarten ein größeres Quantum Mehl genommen werden kann. Dann können die Begüterten Weizenmehl nehmen und die Minderbemittelten Brot. Für die Verteilung der Einkünfte aus dem Auslande konnten wir eine neue Pflichtigkeitspflicht gründen oder eine große Spekulationsfirma beauftragen. Ich habe das letztere gewählt. Arbeiter- und Kohlenmangel erklären, daß wir keinen Zucker und auch keine Marmelade haben. Die Zwangswirtschaft der Eier wurde aufgehoben, weil der große Verwaltungsapparat in keinem Verhältnis zu dem Ergebnis stand. Da haben gerade die Kleinbauern die Aufhebung verlangt und die Regierung hat alles Interesse daran, mit den Kleinbauern in ein gutes Verhältnis zu kommen. Was in meinen Kräften steht, wird geschehen, um die Einfuhr ausländischer Lebensmittel zu fördern. In diesem Bemühen kenne ich keinen besseren Bundesgenossen als die deutsche Arbeitererschaft. Wenn sie die Erzeugung steigert, ist sie die beste Helferin in unserer Lage.

Abg. Schlad (Zr.): Die hohen Preise für die Auslandslebensmittel können gerade von den schlechtesten, änderreichen Familien nicht gezahlt werden, die eine Verbesserung ihrer Ernährung am meisten bedürfen. Hier muß von Reichs Hilfe geleistet werden. Der Streik muß jetzt überhaupt als Kampfmittel aufzuheben und das Streikgerichtsverfahren an seine Stelle treten. Die Zwangswirtschaft darf nur beibehalten werden für Brot, Fleisch, Fett und Kartoffeln. Ausland bietet uns in Zukunft die

Möglichkeit einer besseren Lebensmittelversorgung. Die Mächte, die uns immer drückendere Bedingungen auferlegen wollen, sollten bedenken, daß sie dadurch die Interessengemeinschaft zwischen Deutschland und Rußland stärken.

Abg. Dr. Vershofen (Dem.): Die mehr als 100prozentige Verteuerung des ausländischen Mehls wirkt stimmungserlöschend auch bei denen, die an sich zahlungsunfähig sind. Durch die Verteilung der Kommunen wird der Preis noch weiter verteuert. Ich bin dafür, die Kommunen auf diesem Gebiete ganz auszuscheiden. Als Verteilungsstellen sind sie gar nicht zu benutzen. Was uns jetzt allein noch retten kann, ist die Arbeit. Sonst verlieren wir im Auslande jeden Kredit und können nicht mehr kaufen. Dazu gehört, daß eine andere Einstellung in unserer Arbeitererschaft nachgehoben wird, als sie jetzt maßgebend ist, und vor allem Dingen muß die Zwangswirtschaft bei der Einfuhr und Verteilung der Rohstoffe beseitigt werden. Der Kredit, auf den wir uns allein noch stützen können, ist der, den sich die privatwirtschaftlichen Unternehmungen in jahrzehntelanger Arbeit erworben haben. Er tritt in dem Augenblick in die Erscheinung, wo das Ausland sich sagen kann, in Deutschland bahnen sich wieder gesunde Zustände.

Abg. Krauß (D. Nat.): Wir erkennen dankbar an, daß der Minister gut genug gezeigt hat, wie die Dinge liegen und die Verhältnisse so dargestellt hat, wie sie sind. Die Zwangswirtschaft hat versagt. Niemand im Reiche hat alle Verordnungen beachtet. Wäre nicht eine teilweise Aufhebung der Zwangswirtschaft ist möglich. Wenn wir die Eigenwirtschaft stärken und dem Landwirts ausreichende Preise gewähren, dann wird die Landwirtschaft wieder in die Lage kommen, unser Volk besser und billiger zu ernähren. Die Regierung soll alles tun, um unsere Landwirtschaft leistungsfähiger zu erhalten.

Abg. Dausche (D. Vp.): Die Regierung muß endlich dafür sorgen, daß die dazu geeigneten Arbeitslosen aus der Großstadt aufs Land zur Landarbeit gehen, denn wenn in Deutschland mehr gearbeitet wird, so wird der Preis der ausländischen Lebensmittel sinken. Wir würden einen allmählichen Abbau der Zwangswirtschaft. Die Landwirtschaft würde zugrunde gehen, wenn aus nur der leichste Versuch der Sozialisierung gemacht werden würde. Die Zwangswirtschaft muß beseitigt werden und an ihre Stelle muß treten straffe Selbsttätigkeit der Landwirte und der Verbraucher.

Abg. Wurm (H. S.): Durch die Streiks wird allerdings unser Volkvermögen sehr geschädigt. Aber die Schuld trägt die jetzige Wadepolitik der Regierung, die den Bergarbeitern erst jetzt das Bewilligt, was ihnen schon vor Wochen hätte bewilligt werden müssen. Wenn unsere Bergwerke und unsere Industrie nicht arbeiten, dann gehen wir zugrunde. Deshalb muß die Regierung die Arbeiter zu ihrem Recht kommen lassen. Die Reichskasse muß das Defizit aus den teuren Mehlpreisen tragen. Die arme Bevölkerung muß vor allem kräftig ernährt werden. Dem freien Handel werden schon jetzt zu viele Zugeständnisse gemacht. Die Arbeiter müssen erst wieder Glauben und Vertrauen an ihren Vertretern gewinnen. Dann werden sie auch ihre Ruhe und ihre Arbeitstätigkeit wieder bekommen.

Ernährungsminister Schmidt: Wenn es den Unabhängigen ernst ist mit dem Appell an die Arbeiterchaft, wieder zur Arbeit zurückzukehren, so mögen sie einen entsprechenden Appell an ihre Vertrauensleute im Ruhrgebiet richten. Bis jetzt haben das Gelingen nicht.

Oberst Wais: Aus den militärischen Beständen ist bereits alles, was nicht unbedingt gebraucht wird, dem Reichsberwaltungsamt zur Verfügung gestellt worden.

Die Gemeindevahlen.

Selbstverwaltung und Gemeindebeamte.

Ein Gemeindebeamter schreibt der „Freiburger Volkswohlt“: In einer Zuschrift ist kürzlich darauf hingewiesen worden, daß namentlich die Gehaltsverhältnisse der Beamten der kleinen Städte und Landgemeinden immer noch große Ungleichheiten und Ungechtigkeiten aufweisen. Der Eindecker berichtet sich von dem in Vorbereitung befindlichen Gemeindebeamtenrechtsgezet eine erhebliche Verbesserung dieser Verhältnisse. Ich teile diese Ansicht nicht. Die Gemeinden werden sich nach Kräften gegen die Zumutung wehren, daß ihnen in diesem Punkt die gepriesene Selbstverwaltung bestimmt werden soll. Die Vetterleswirtschaft, die bisher von den Erzeaktionären auf den Rathäufern getrieben worden ist, war doch gar zu schön. Die Tüchtigkeit oder Unfähigkeit des Beamten war vielfach völlig nebensächlich, Hauptsache war, daß er Gönner und Freund im Gemeinderat und Bürgerausschuß hatte. Selbstverständlich wurden Gehaltsaufbesserungen in solchen Fällen auch unter diesem Gesichtspunkt bewilligt oder abgelehnt. Hatte sich ein Beamter gar beim Bürgermeister mislich gemacht, so war sein Streben nach Verbesserung völlig aussichtslos. Denn er arbeitete bisher ja im bürgermeisterlichen Schutze und lebte von der Gnade des Ortsbevollmächtigten. Einfluß hatte der Beamte in den kleinen und mittleren Städten, wo Berufsbeamter mehr amtierten, so gut wie gar keinen. Im Sinne der Niederhaltung der Gemeindebeamten wirkte auch der Verband der mittleren Städte Badens.

Der Beamte war in einer erbärmlichen Zwangslage, nur flüchtige Unterwürfigkeit und Selbstentäußerung konnten ihn allseits vor dem Schicksal bewahren, aus dem Amt hinausgejagt zu werden.

An diesen Zuständen, die vielerorts heute noch bestehen, kann das erwachte Geiz nicht viel ändern, weil sich die vielseitigsten Verhältnisse in den Gemeinden nicht unter einen Hut bringen lassen. Die hauptsächlichste Verbesserung wird das Geiz uns bringen durch den größeren Rechtschutz, als wir ihn bisher hatten. Besonders das Dienstrecht wird davon berührt werden.

Ein wichtiger ist ein gewerkschaftlicher Zusammenschluß der Gemeindebeamten und Angestellten und der Ausschluß an die sozialdemokratische Partei. Wir müssen misfallen, daß sozial und gerecht empfindende Männer auf die Rathäuser kommen, und diese Männer finden wir in erster Linie unter den Sozialdemokraten. Ich habe selbst die Erfahrung gemacht, daß Zentrum und Demokraten für uns Gemeindebeamte nicht viel übrig haben. Unsere Stimmen wären ihnen schon recht, aber wenn sie die Fäden in der Hand haben, schieben sie sich den Teufel um unser Schicksal. Im Gegenteile, wir werden unterdrückt oder bestenfalls mit Nebenarbeiten abgetan.

Darum, Gemeindebeamte, werdet bei den kommenden Gemeindevahlen für die Sozialdemokratie und tretet für sie in eurom eigenen Wohle.

I. Weingarten, 11. April. Ein bürgerlicher Sammelhauch bei den Gemeindevahlen. Wie verlautet, bestehen zwischen den hiesigen bürgerlichen Parteien Verhandlungen zwecks gemeinsamer Vorgehens bei den Gemeindevahlen. Eine grundsätzliche Einigung soll bereits erzielt worden sein. Das Interessanteste ist, daß sich auch die Demokraten an diesem Sozialistenvereinigungsblock beteiligen wollen. Einwilligen wollen wir zugunsten der Herren Demokraten annehmen, daß in letzter Stunde noch ihr demokratisches Gewissen erwacht und sie diesen Sündermüßel ablehnen. Allerdings im Hinblick auf die hiesigen fragwürdigen Vertreter der Demokratie erscheint diese Hoffnung mehr als gering. Uns kann es ja nur recht sein, wenn die Herren solche Wege gehen. Die Abrechnung kann um so gründlicher erfolgen.

1. Zentrumsheute. Wie von Zentrumskreisen verfügt wird, die durch die neue Verfassung den Lehren eingeräumten Rechte wieder rückgängig und unwirksam zu machen, beweist ein Artikel der „Maststätter Zeitung“, „Die Gemeindevahlen auf dem Lande“.

welch folgender Satz vorkommt: „Die Familienräte und die Familienräte der Gemeinde haben darüber zu bestimmen, welcher Geist in diesen Anstalten (nämlich den Schulen) herrscht, ob dort auch die Religion eine geachtete Stellung findet, ob die anzustellenden Lehrkräfte überzeugte Christen sind“. Es wird also bereits jetzt damit angefangen, offen den Kampf gegen freidenkende Lehrer zu predigen, obwohl durch die neue Verfassung auch den Lehrern Gewissensfreiheit zugesichert ist. Soll denn tatsächlich wie früher jeder Lehrer, der nicht nach der Pfeife der Kirche tanzt, wieder unmöglich gemacht werden?

Gewerkschaftliches.

1. Rastatt, 15. April. Die Errichtung einer Ortsgruppe des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Handlungsgehilfinnen ist für unseren Platz ein dringendes Bedürfnis geworden; es ist daher sehr zu begrüßen, daß morgen Mittwoch, 1/28 Uhr, eine Gründungsversammlung im borboren Zimmer des Gasthauses „zur Linde“ stattfindet, wozu alle männlichen und weiblichen Angestellten, Verkäufer und Verkäuferinnen herzlich eingeladen sind. Die Versammlung soll gleichzeitig auch eine Betriebsversammlung des Personalrats der Firma Geyher, Knopf sein; wegen der außerordentlichen Wichtigkeit der Angelegenheit (Gehaltsstarif) ist vollständiges Erscheinen notwendig.

Baden.

Ergebnis der Volksabstimmung in Durlach. Von rund 8500 Abstimmungsberechtigten (die Abstimmungsliste war nach der Wahlzettelkarte der Nationalwahl aufgestellt) beteiligten sich an der Volksabstimmung rund 3200 Stimmberechtigte = etwa 38 Prozent. Für die Verfassung haben gestimmt 2696, dagegen 441, für die Beibehaltung der Nationalversammlung als Landtag stimmten 2680, dagegen 430. Eine Anzahl Stimmzettel mußten für ungültig erklärt werden, weil sie entweder einfach gezeichnet waren, ohne mit „Nein“ versehen zu sein, oder weil sie ein „Nein“ enthielten, aber das „Ja“ nicht gestrichen war. Die Abstimmung litt, wie alles Neue, an einigen Mängeln, vor allem aber war die Zeit zwischen Bekanntgabe des Abstimmungstages und dem Tag selbst viel zu kurz, Auffklärung in größeren Kreisen durchzuführen, war nicht möglich.

Neuwahl der Kommunalverbandsausschüsse. In Ergänzung der von dem Minister des Innern in der badischen Nationalversammlung gemachten Mitteilung über die baldige Neuwahl der Kommunalverbandsausschüsse wird jetzt halbamtlich noch mitgeteilt, daß diese Neuwahlen nach denjenigen der Gemeinde- und Bezirksräte stattfinden sollen. Durch diese Neuwahlen sollen die Verbraucher, namentlich die Arbeiter, stärker herangezogen und an den Geschäften der Kommunalverbände in besonderem Maße beteiligt werden. Die Regierung hofft dadurch, das heute vielfach bestehende Mißtrauen der Bevölkerung gegen die Tätigkeit der Kommunalverbände zu beheben.

Neuerungen im Beamtenwesen. Nach dem „Bad. Beobachter“ soll die Regierung beschließen haben, sämtliche Titel abzuschaffen und zwar in der Weise, daß die bestehenden Titel beseitigt und neue nicht mehr verliehen werden und daß jeder Beamte nur eine Amtsbezeichnung trägt. In der nächsten Zeit sollen neue Amtsbezeichnungen für den Bereich der gesamten Staatsverwaltung geschaffen werden. Mit der Abschaffung der Titulaturen, wie der des Oberregierungsrates, des Geheimrates, des Rechnungsrates und des Oberrechnungsrates sollen auch die den Vertretern der freien Berufe verliehenen Titel, wie Kommerzienrat, Geh. Kommerzienrat usw. künftig im Staate nicht mehr anerkannt werden. Bei den Zurückgehungen der Beamten soll in der Veröffentlichung nicht mehr die Anerkennung langjähriger treu geleisteter Dienste ausgesprochen werden, sondern lediglich die Laufbahn der Beamten. In dazu geeigneten Fällen wird dafür ein Handbuchs des Staatspräsidenten dem Beamten die Anerkennung des Staates für die geleisteten Dienste ansprechen. Auch der Verzicht des Beamtenstandes soll die Regierung in nächster Zeit erhöhtes Augenmerk schenken und hierzu geeignete Maßnahmen treffen. Waise Briefe, sagt man, seien bereits in größerem Umfange unterwegs, noch mehr aber sollen folgen.

Baden-Württemberg. Zu der viel erörterten Frage einer Vereinigung Badens mit Württemberg hat die Freiburger Handelskammer abweichend Stellung genommen und hat den Vorort des Bad. Handelsstages, die Mannheim'sche Handelskammer, ersucht, ohne Verzug durch eine öffentliche Erklärung zu bekunden, daß Industrie und Handel des Landes, wozu im Einklang mit der Mehrheit der übrigen Bevölkerungsglieder, in der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Selbstständigkeit Badens festgehalten wissen wollen. Bei einer Veräußerung des staatlichen Mittelpunktes von der jetzigen Landeshauptstadt weiter nach Osten würde der Süden Badens, namentlich Odenau, Breisgau und Markgräflerland, auf das schwerste benachteiligt werden.

Die Schulbeiräte. Aus Freiburg schreibt man uns: Der Bezirks-Lehrerverein Freiburg-Stadt kam nach eingehender Beratung zu dem einmütig gefassten Beschlusse, daß die von dem Kultus- und Unterrichtsministerium geschaffenen Beiräte bei den Unterrichtsbehörden eine selbständige Vertretung der Lehrerschaft nicht darstellen und infolgedessen abgelehnt werden müssen. Der Verein wird sich der Wahl enthalten.

Der Kuriosität halber sei auch eine Stimme, die mit dem Regierungsvorschlag einverstanden ist, angeführt. Es ist dies der katholische Badische Lehrerverein, fast möchte man sagen, selbstverständlich. In dem Organ des Vereins wird erklärt, daß durch die Schulbeiräte der Lehrerschaft ein denkens- und anerkennendes Mitwirkungsrecht in Unterrichts- und Erziehungsfragen eingeräumt wird. Der Weg zur Selbstverwaltung sei eröffnet. Die Lehrerschaft müsse nun selbst für die rechte Auswirkung und den weiteren Ausbau Sorge tragen, indem sie die Schulbeiräte mit dem Geiste des freundschaftlichen Fortschritts, des rücksichtslosen Fortschritts, der Schule, der Jugend und der Volksschule zu dienen, befehle. — Wir glauben, viele Anhänger wird diese Ansicht unter der Lehrerschaft nicht finden; noch nicht einmal unter den katholischen Lehrern.

3. Gochheim, 12. April. Heute abend ereignete sich hier ein jäheres Unglück, dem ein junges Menschenleben zum Opfer fiel. Beim Einschalten des Mühlenbetriebes wurde Karl Kehler, zur Stadtmühle, von dem Treibriemen erfaßt und derart verletzt, daß der Tod alsbald eintrat. Es ist dies Schicksal um so bedauerlicher, als derselbe die einzige Stütze seiner Mutter war, während sich ein zweiter Sohn noch in Gefangenschaft befindet.

Offenburg, 15. April. Arbeiter-Gesangverein „Freiheit“. Die Generalversammlung findet am morgigen Mittwoch, abends 8 Uhr, in der „Mischelstraße“ statt. Die Tagesordnung umfaßt Begrüßung der zurückgekehrten Krieger, Neuwahl des Gesamtvorstandes, Wünsche und Anträge. Die aktiven und passiven Mitglieder werden ersucht, vollständig zu erscheinen.

Konstanz, 13. April. Schon seit längerer Zeit war bekannt, daß in Konstanz der Schleichhandel ganz besonders blüht. Der „Altbote“ in Waldshut veröffentlicht nun eine Darstellung über die Schleichverhältnisse in Konstanz, aus der hervorgeht, daß die Kontrolle des Schleichhandels an der deutsch-schweizerischen Grenze in Konstanz liegt. Die Fische und Gosthäuser seien in den meisten Fällen bereit überführt, daß man keine Unterkunft finden könne. Auf die neugierige Frage eines Reisenden nach der Ursache dieses großen Fremdenstroms wurde ihm von dem Schleichhändler der

schied, daß es in der Hauptsache Schleichändler seien, die die Kon- ringer Hotels bevölkern und von da aus ihre Fahrten ins ganze Bodenberger Gebiet unternehmen.

— Ettlingen, 18. April. Die Verfassungsfelder nahmen am gestrigen Abend in der Festhalle einen würdigen Verlauf. Die Festrede hielt Gen. Redakteur Weismann (Freiburg), M. d. bad. N. Mit lebhaftem Beifall nahmen die Anwesenden seine großzügigen Darlegungen auf.

* Mannheim, 14. April. Der Mörder des Kommerzienrats Reuther, der Heizer Friedrich Georg, ist auf einem Gut in Bayern verhaftet worden.

* Die Anstellung im öffentlichen Dienste. Nach einer Verordnung der bisherigen vorläufigen Volksregierung ist bei der Anstellung im öffentlichen Dienste der auf Grund freiwilliger Meldung bei Heeres- oder Marineverbänden zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung oder des Grenzschutzes abgeleitete Dienst dem Kriegsdienste gleichzusetzen.

* Mahl- und Schrottarifen. Das Reichsernährungsministerium hat sich auf Antrag der bad. Regierung damit einverstanden erklärt, daß gehaltet wird, die Mahl- und Schrottarifen für Haushaltungen von nicht mehr als höchstens fünf Köpfen auch zur Schaffung eines Rottars für die Zeitdauer von höchstens 3 Monaten auszufüllen.

Die Schnellzüge D 87, Mannheim ab 8,05 Uhr nachmittags, und D 88, Mannheim an 9,02 Uhr vormittags, verkehren vom 12. April ab wieder bis und von Weimar.

* Bekämpfung des Schleichhandels. Man schreibt uns: Unter dieser Rubrik ist in Nr. 85 vom 10. d. M. auch der Gasthof zur „Sonne“ in Karlsruhe genannt. Es könnte hieraus der Schluß gezogen werden, daß der Betrieb geschlossen sei.

* Beschränkung des Eisenbahnverkehrs. Wegen ungenügender Kohlenbestände und Ausbleibens von Zugsführern aus dem Ruhrgebiet müssen Schnellzüge in der Richtung nach Frankfurt, nach Stuttgart, Nürnberg und Bamberg ausfallen.

* Fahrpreiserhöhung für Feldarbeiter. Zur Förderung der diesjährigen Frühjahrspflanzung und der Entlastung der auf den badischen Staatsbahnen und der badischen Straße der Main-Redarbahn Arbeiter, denen zur Frühjahrspflanzung und zur Einbringung der Ernte eine auswärtige Arbeitsstelle durch einen der dem Verband deutscher Arbeitsnachweise angehörenden öffentlichen oder gemeinnützigen Arbeitsnachweise, einen Arbeitsnachweis der Landwirtschaftskammern oder der deutschen Arbeiterzentrale in Berlin vermittelt worden ist, die einmalige Fahrt nach der Arbeitsstelle und zurück während der Zeit bis zum 15. Dezember in der 4. Wagenklasse zum halben Preis 4. Klasse sind von den Hauptbahnen aus gegen Vorlage eines von den vorbezeichneten Arbeitsnachweisen für die Hin- und für die Rückfahrt je besonders anzustellenden Ausweises zu verabsolgen.

Aus der Partei.

Amtebezirk Ettlingen. Unsere Mitgliedschaften zur Nach- richt, daß der bisherige Bezirksvorsitzende, Gen. Eißner, wegen Ueberlastung von seinem Posten zurückgetreten ist. In einer stattgefundenen Bezirksversammlung wurde Gen. Glunz einstimmig als Vorsitzender gewählt.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Badisches Landes-theater im Konzerthaus. Zum erstmalig: „Der Revolutionär“, Drama in 3 Akten von W. Speyer.

Es handelt sich im Vorliegenden um ein ausgesprochenes Referendardrama, das als Buch seine unbestreitbaren Vorzüge aufweist, die aber bei der Uebersetzung auf die Bühne in einem Meer von Handlungsarmut versinken, so daß ich es nicht über mich gebracht habe, mehr, als zwei der langen Akte anzusehen.

Die vollendete Wiedergabe half dem Werk zu einem mageren Erfolg. Dem Studenten Alexej ließ Herr Schönfeld die gut beobachteten Züge des idealen Schwärmers, des gummiartigen, menschenfreundlichen, traumberberenden, an Halluzinationen leidenden, durch Entbehrungen körperlich und geistig geschwächten russischen Bohémiens. Frau Ermartch war als russische Studentin von fabelhafter Schönheit, ebenso die schlampige polnische Witvin von Fel Noorman mit ihrer unapertinösen Sinnlichkeit.

bruder, Ettlingen, Schöllbrunnerstraße, gerichtet werden. Geldsendungen wie bisher an Gen. Adolf Rapp, Maurer, Ettlingen Kirckenplatz 24. Den Mitgliedern geht diese Woche noch Mitteilung zu wann die nächste Konferenz stattfindet.

ph. Ettlingen, 15. April. Frauenversammlung. Wir weisen nochmal auf die am heutigen Dienstag, 15. April, abends 8 Uhr, stattfindende Versammlung hin, in der Genossin Theresie Blaase, Mannheim, über „Änderungskommissionen“ sprechen wird.

* Mannheim, 18. April. In der gestrigen Generalversammlung der sozialdemokratischen Partei fand Neuwahl des Vorstandes statt, und zwar wurde der gesamte bisherige Vorstand wiedergewählt: Gen. Fien als 1. Vorsitzender, Gen. Heinrich Müller 2. Vorsitzender, Gen. Helber Kassler, Gen. Rentzler als Schriftführer, sowie Gen. Rißke und Genossin Langhans als Beisitzer. Interessant war es, was der stellvertretende „Vollstrecker“, Gen. Rentzler, über die Entwicklung der Parteipresse sagen konnte.

Soziale Rundschau.

Sagfeld, 15. April. Gemeinnützige Baugenossenschaft. Wir weisen darauf hin, daß am Mittwoch, 16. April, abends 1/8 Uhr, in der „Kanne“ die Hauptversammlung stattfindet. Es werden u. a. die Baukosten, Pläne und die zu erhellenden Schwierigkeiten besprochen werden, wozu die Mitglieder und Interessenten mit dem Ersuchen um zahlreichste Beteiligung eingeladen werden.

Kommunalpolitik.

r. Teufelshäuser, 12. April. Am letzten Freitag fand eine Bürgerausschussung statt. Auf der Tagesordnung standen fünf Punkte. Der erste Punkt betraf die Genehmigung des Voranschlags. Aus dem Voranschlag ist zu entnehmen, daß die Ausgaben 106 000 M. die Einnahmen 62 700 M. betragen. Es verbleibt hiermit ein ungebederter Aufwand von 43 000 M., welcher durch Umlage gedeckt werden muß.

der Meinung, daß es noch andere Kreise gibt, die es den Landwirten zuvorkommt; güt es doch hier eine Wirtschaft, in der meistens die Herren von hier und von der Stadt verkehren, wo man doch fast jeden Tag Kuchen und Fleisch genug haben kann. Natürlich um schönes Geld. Die Einwohner bekommen alle 8 bis 4 Wochen einmal Fleisch. Auch war in letzter Zeit 2-3 Tage kein Brot vorhanden, während in der genannten Wirtschaft das Brot nicht gefehlt hat.

Die Antwort des Gemeinderats von Gölshausen. Wir hatten vor einigen Tagen, in unserer Nr. 77 vom 1. April, Kritik geübt an der Art und Weise wie die Gemeindeverwaltung des Ortes Gölshausen, Amt Bretten, die Lebensmittelverteilung vornimmt oder nicht vornimmt; besonders übten wir Kritik an der Art der Verteilung oder Nichtverteilung des Schweinefettes. Offenbar ist nur den Herren Gemeindeverwaltungen unsere Kritik ebenso wie Kopf gestiegen wie der seine Schweine, denn der Gemeinderat ließ dem — sozialdemokratischen Verein Gölshausen, der mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun hatte, der auch in der damaligen Kritik mit keinem Wort erwähnt war, folgendes Schreiben zu gehen:

Dem hiesigen Sozialdemokratischen Verein möchten wir zur Unterhaltung bei seiner auf heute Abend anberaumten Versammlung etwas Gutes liefern: Der hiesige Gemeinderat hat heute mit der Post 2 Krüge bekommen, einen von einer Fabrik aus Karlsruhe mit 281 M. 25 S., ferner einen solchen aus Durlach mit 35 M., Summa 316,25 M. mit der Aufforderung, diese Krüge an die drei Krüger zu geben, die Arbeiter alsbald zu bezahlen. Darunter 2 Männer, welche über den ganzen Krieg einen übermäßig hohen Lohn verdienten, nun dieselben einige Stunden nicht arbeiten können oder wollen, wozu wir auf keinerlei Art überzeugt sind, fallen dieselben der Gemeindefürsorge zur Last. Darunter auch ein Weib, welches noch nicht recht trocken ist hinter den Ohren, will schon von der Gemeinde teilweise bezahlet sein. Wenn es so weiter geht, wird es recht werden. Hier gehört auch nach dem Rechten gesehen, aber darüber schweigen alle Seiten und ihre Mütter. Wir erwarten hierüber Neuherung des Soz. Vereins. Der Gemeinderat.

Wir bemerken, daß das Schreiben zu kritisch abgedruckt ist. Der sozialdemokratische Verein sandte uns das Schreiben mit der Bemerkung, daß der Stoff, den der Gemeinderat zur Unterhaltung lieferte, allerdings diesem Zweck der Unterhaltung geeignet ist, — allerdings erst im zweiten Teil der Versammlung, nämlich bei Punkt „Reizerei“ und „Humoristisches“. Denn solche korrente Unwissenheit einer Gemeindebehörde kann nur mit solcher Aufmerksamkeit werden. Hier paart sich Dummheit, Bouvernähmeln und Arbeiterhaß, und die Arbeiter danken ihrem Gemeinderat, daß er gerade noch rechtzeitig vor den Wahlen die Waage hat fallen lassen und gezeigt hat, daß es kein Kind er ist. Bei der in dem Schreiben erwähnten Entschädigung handelt es sich um arbeitslos gewordene, früher in der Kriegsinindustrie tätig gewesene Arbeiter; es sind Leute darunter von 40, 50 und 60 Jahren, die bei gleicher Arbeit ergraut sind und die sich nun darauf anstellen müssen. Die Antwort wird den rüchsigsten Herren am Wahltag gegeben werden. Man wird ja dann sehen, wer auf dem „Trogenen“ sitzt.

Weinheim, 13. April. Der Bürgerausschuss stimmte dem Voranschlag für das Jahr 1919 zu, wonach die Umlage von 42 auf 50 % erhöht wird.

Aus der Stadt.

Heber die Art und Weise der Stoffverteilung herrscht in der Stadt nur eine Stimme der Empörung, wie mehrere in der Stadt nur eine Stimme der Empörung, wie mehrere Zuschriften an uns beweisen. Genden und Anguloth werden ausgegeben, ohne daß die Allgemeinheit etwas davon erfährt und, wenn jemand, der zufällig erfährt, daß Stoffe ausgegeben werden, heißt es überall: Verreis aus der Stadt! Da hört eigentlich schon verdammtes auf. Eine Zeitung schreibt uns mit Recht: Es ist tief traurig, daß man in dieser Zeit noch so am Karrenfeld herumgeführt wird. Wo bleibt da die Behörde und Kontrolle? Es ist gar kein Wunder, wenn das Volk ob dieser Zustände sehr mißtrauisch gegen die jetzigen Behörden wird, und sich in parlamentarischen Sinne äußert. Könnte man es mit diesen Sachen nicht auch machen, wie mit den andern Artikeln, einfach auf Sondermarken die Genden und bezahlten ausstellen, damit auch wir, die keine Freunde bei den betr. Stellen sitzen haben, unsere Taten bekommen? Man rationiert doch sonst alles, doch wenn es Wolle, Genden oder sonst so etwas gibt, da will man scheint nicht rationieren. Nachfertige Suppen und Sauwollen werden in der Zeitung stets bekanngegeben.

was das Bühnenbild als die Darstellung selbst betrifft, kann man feststellen, daß eine sachkundige Hand geniale hat, und es wäre zu begrüßen, wenn Herr Paumbach in anders gearteten Stücken Gelegenheit bekäme, seine Fähigkeiten als moderner Regisseur zu zeigen.

r. Ostern in Baden-Baden. Am schönsten Mittenschnud prangt unsere Pflanzstadt und wird ihre Ostergäste auch in diesem Jahre in ihrem herrlichen Frühlingkleide ergötzen. Die Kurverwaltung hat dem Osterbesuch ebenfalls Rechnung getragen soweit es unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist und wird neben den gewöhnlichen Konzerten, größere Vorstellungen im Theater veranstalten. Am Ostermontag abends 8 Uhr wird im Stadt-Theater Goethes „Faust“ zur Aufführung gelangen, in der Einrichtung des Intendanten Dr. Waag mit Bühnenbildern von 3 Tivoli. Zur Einführung in „Faust“ wird Dr. Waag am Mittwoch den 16. ds. Mts. einen Vortrag halten über Goethes „Faust“ und seine Darstellung. Daraus anschließend wird „Das Vorspiel auf dem Theater“ zur Aufführung gelangen. Am Ostermontag wird der „Teufel“ von Molnar aufgeführt werden.

Aus dem Konzertprogramm sind besonders hervorzuheben das Orgelkonzert von Arno Landmann, das am Karfreitag stattfinden wird, und ein Richard Wagnerabend, der am Ostermontag Abend stattfinden soll. Die Säle des Kurhauses haben ihren Frühlingsschmuck angelegt. Und sind der Beschäftigung wie immer geöffnet.

Städt. Theater Baden-Baden. Wie der Spielplan des Städt. Theaters mitteilt, wird am Ostermontag als 15. Vollvorstellung „Die bessere Hälfte“ gegeben. Es wurde an dieser Stelle schon einmal darauf hingewiesen, daß die Intendanten sich im Irrtum befinden, wenn sie glauben, daß derartige Schmänte als Volksvorstellung gut genug sind. Da die Intendanten in Bezug auf ihren allgemeinen Spielplan sich von hohen künstlerischen Grundsätzen so wenig künstlerische Pflege angeden läßt, ja sie geradezu als Abgebildete behandeln. Es tut dem ernst aufwärtssehenden, suchenden Menschen im Herzen weh, wenn er auf dem Spielplan vergeht findet: Ostern „Faust“, Ostermontag Volksvorstellung „Die bessere Hälfte“. Ungevollt, sieht es aus wie eine Mischung des Kunstbedürfnisses und Verstandes der Wenigbegüterten. — Warum hat man sich hier nicht endlich auch zu einer Tat aufgeschwungen und auch den Wenigbegüterten eine Osterfreude

gemacht und Osterweide gebracht mit Goethes Meisterwerk, dem „Faust“?

Das erste Volkskonzert, das der Ausschuss für Volksmusikpflege in Mannheim letzten Donnerstag im Abendskonzert veranstaltete, bedeutete einen vielversprechenden Auftakt. Nicht nur daß alle früheren Voraussetzungen für ein Gelingen — künstlerische Leitung, hervorragendes Orchester und ein Erfolg lag auch in der Wirkung der Musik selbst auf diese wiesundverköstliche Zuhörerzahl, von denen viele bislang nur selten zu dem reinen Vorn willkürlicher Kunst geführt wurden. Man fühlte den intimen Kontakt zu der Welt der Töne, die — in unserm Falle — Wolfgang Amadeus Mozart erschloß. Das Programm wies ausschließlich Werke dieses Meisters auf, die durch die Art der Auswahl einen guten Ausschritt aus dem Schaffen des Künstlers gaben. Aber auch menschlich rückte er den Zuhörern näher durch die Einführungsrede des Herrn Karl Eberts, die, ein dramatisches Aufeinanderreiben von leichtvergessenen Daten klar vernehmend, ein warmdurchfühltes Bild von der Persönlichkeit und dem Schaffen Mozarts gab. Die Vortragsfolge enthielt vier Sätze aus der zur Vermählung Ets. Hoffners komponierten Serezade, ein Adagio für Orchester (Trauermusik) Rameau aus der „Pierrotsinfonie“ und die Ouvertüre zur „Zauberflöte“ als reine Orchesterwerke. Unter Kapellmeister Beversers bewährter Leitung kamen die Feinheiten des trotz aller äußerlich bewegten Herlichkeit den dramatischen Kern nicht bedingenden Mozartstiles zu richtigem Ausdruck und tiefem Einbruch. Der durch Herrn Konzertmeister Delfe gespielten Sologeige ist besonders zu gedenken. Als Solistin hatte sich Frau Gult, Tuschka zur Verfügung gestellt, die mit ihrer reinen, süßen Stimme das schlichtherzige „Weichen“ und die medische „Warnung“ sang. Mit Orchesterbegleitung hat die Künstlerin dann Mozarts und Arte der Euranne aus „Die Hochzeit des Figaro“. Die ausführenden Kräfte erzielten herzlichsten, christlichen Beifall, der von den Unarten, wie sie sich in letzter Zeit vielfach in den Konzertsälen eingeschlichen haben, freilich. Die Aufmerksamkeit war bis zum Schluß ungeteilt.

Freischaufreiben „Heimat und Handwerk“. Das Landesgewerbeamt hier erlöst ein Freischaufreiben zu einem Wettbewerb für „Heimat und Handwerk“. Es fordert alle badischen Künstler und Fachleute zur Beteiligung auf. Schriftliche oder mündliche Auskünfte erteilt das Landesgewerbeamt.

Sundsnase, sondern auch Zeit im Ueberflus haben, um erstens rieden zu können, wann und wo dieselben ausgegeben werden und zweitens um von morgens 7 Uhr ab sich vor irgend eine Ladentüre zu stellen, bis der Besitzer der erschienenen Ware gnädigst öffnet. Man sollte annehmen dürfen, daß die letzte, diese Angelegenheit betreffende Notiz im „Volksfreund“ genügt hätte, um bei der zweiten Verteilung beachtet zu werden. Was kümmert sich aber die maßgebende Stelle und die betr. Ladenbesitzer um diejenigen, die weder bei der ersten noch bei der letzten irgend jemanden haben, der ihnen sagt, wann und wo die Waren zu erhalten sind. Bis derjenige kommt, der durch Zufall erfährt, daß es etwas „Seltenes“ gibt und nur mit seiner freien Zeit rechnen muß, ist nichts mehr da, oder aber, wie es meiner Frau passiert ist: die Waren sind zurückgelegt für diejenigen, die sie bestellt und bezahlt, aber noch keinen Bezug haben. Wer also in einem Geschäft nicht bekannt und gut angefahren ist, wird bei dieser einmaligen Verteilungsmethode nichts bekommen. Die Erregung in einem großen Teil der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterklasse, ist eine berartige, daß man sich an maßgebender Stelle ja nicht wundern soll, wenn sich diese Erregung einmal auf irgend eine Art Luft macht.

Weiter wird darüber gesagt, daß die Ausgabe der Zeitschriften an einer Stelle einfach nicht genügt. Warum hat man denn die Zweigstelle in der Wilhelmstraße so vornehm wieder aufzuheben? Man müßte mindestens in jedem Stadtteil eine Zweigstelle errichten, um der Nachfrage an solchen Tagen einzunehmen genügen zu können. Will man dies nicht, so muß die Verteilung auf eine andere Art geregelt werden. Dieses mehrfache und oft erfolglose „Kolonnieren“ unter Polizeiaufsicht trägt die Bevölkerung nicht mehr länger. Das mögen sich die verantwortlichen Stellen gesagt sein lassen.

Sozialdemokratischer Verein. Wie bereits bekanntgegeben, findet morgen abend 8 Uhr eine Mitgliederversammlung im Saale der „Alten Brauerei Kammerer“ (Waldbornstraße) statt. Der bereits angekündigte Redner, Minister Gen. Rüdert, ist jedoch leider verhindert, da er nach Weimar muß. An dessen Stelle wird Gen. Weichmann, Mitgl. d. N., einen Vortrag über „Das Rätesystem als Zeitproblem“ halten. Nach dem Vortrag sollen noch die Kandidaten für die bevorstehenden Gemeindevahlen aufgestellt werden.

Arbeiter-Jugend. In unserem gestrigen Artikel „Der Schritt ins Leben“ heißt es am Schluß irrtümlich, die Zusammenkünfte der Arbeiter-Jugend würden Samstag stattfinden; es soll heißen: Donnerstags.

Rüppurr. Die Genossinnen und Genossen werden erludt, in der Mitgliederversammlung des sozialdem. Vereins, die morgen Mittwoch abend um 8 Uhr im „Bähr-Löwen“ stattfindet, pünktlich zu erscheinen. Die Tagesordnung ist wichtig; u. a. findet ein Vortrag statt über das Thema: „Mehrpartei — Unabhängige — Kommunisten“ mit anschließender Diskussion.

Keine Erhöhung des Milchpreises? Galbanlich wird mitgeteilt: In einem Teil der Presse wird berichtet, daß der Bauerverein eine Erhöhung des Milchpreises auf 65-70 pro Liter beabsichtigt habe. Diese Mitteilung könnte zu Mißverständnissen Anlaß geben, weshalb darauf aufmerksam gemacht wird, daß es Sache der Regierung ist, den Milchpreis festzusetzen. Die Regierung beabsichtigt aber, wie sie erst kürzlich erklärte, eine Erhöhung des Milchpreises nicht.

Preisauflage für Marmelade. Die Kriegsgesellschaft für Obstkonserver und Marmeladen m. b. H. in Berlin veröffentlicht im „Reichsanzeiger“ Nr. 78 eine Bekanntmachung über die neuen Hersteller-, Großhandels- und Kleinhandelspreise für Marmelade. Der Kleinhandelspreis mußte von 1 A auf 1,80 A je Pfund erhöht werden, weil der bisherige Preis die Unkosten nicht deckte. Im einzelnen ermahnt die Erhöhung daraus, daß der Kriegsgesellschaft für Obstkonserver und Marmeladen infolge der politischen Wirren sehr erhebliche Verluste entstanden und die Arbeitstätigkeit gelitten hat.

Zur Speisekarte. Die Reichs Ernährungsministerien mit: An der Tagespresse ist bei Erörterung der bevorstehenden Speisekarte auf das häufige Vorkommen von Trübsinn in amerikanischen Speisekarten hingewiesen worden. Hierzu ist zu bemerken, daß die Trübsinnigkeit ihrer Speisekarten und daß deshalb der mit dieser Speisekarte beehrte und durchgeführte (durchgeführte) Speisekarte vor der Ausgabe auf Trübsinn untersucht werden muß, wodurch jede etwaige Gefahr der Trübsinnigkeit beseitigt wird. Die für die Maßnahmen erforderlichen Vorbereitungen sind bereits getroffen.

Es ist also jetzt für alles gesorgt, die Kopfmenge rationiert, der Preis festgesetzt, das Volk gegen die Trübsinnigkeit bewahrt, es fehlt nur noch die Hauptfrage — der Speisekarte.

Bereinigter Berufsberatungstelle für Frauen und Mädchen. beim städt. Arbeitsamt Karlsruhe veranstaltete am Mittwoch, den 9. April, im großen Rathssaal einen Elternabend zur Aufklärung über die Berufswahl der aus der Schule zur Entlassung kommenden Mädchen. Alle diejenigen, die sich noch im einzelnen Rat und Auskunft holen möchten, seien hiermit nochmals auf die Sprechstunden am Dienstag und Freitag nachmittag von 2-5 Uhr im städt. Arbeitsamt, Zimmer Nr. 15, Bahlingerstraße 100, 8. St., aufmerksam gemacht.

Ladengeschäftszeit. Nachdem seitens der Reichsregierung auch für das Verkaufpersonal die achtstündige Arbeitszeit angeordnet wurde, ist die Ladengeschäftszeit in Karlsruhe, den seitens der Arbeitnehmer geäußerten Wünschen entsprechend, allgemein auf die Zeit von morgens 8 bis abends 6 Uhr vereinbart worden. Um die Schlußzeiten pünktlich einhalten zu können, empfiehlt es sich, die Einkäufe in den Vormittags- oder den frühen Nachmittagsstunden vorzunehmen. (Siehe die Anzeige.)

Briefkasten der Redaktion.
Kommunistin. Ein großer Teil der Gefangenen ist in die Heimat befreit worden. Ob Fortbeförderung nach Polen möglich ist und was ein Brief kostet, erfahren Sie auf der Post.
K. M., Durlach. Wenden Sie sich an den Verband der Bäcker, z. B. des Herrn Jakob Neumann, Leisingstr. 89, Karlsruhe.
K. G., Leoboldshausen. Sie müssen sich an das Amtsgericht wenden, das als Mietvereinigungsamt fungiert.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Rabel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton Hermann Winter; für den Angeigentell Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe, Luffenstraße 24.

Vereinsanzeiger.
Rüppurr. (Sozialdem. Verein.) Mittwoch, 16. ds., abends 8 Uhr im „Bähringer Löwen“ wichtige Versammlung mit Vortrag: „Vollständiges Erscheinen ist nötig.“
Sagsteld. Donnerstag, 17. April, abends 8 Uhr, findet in der „Kanne“ für beide sozialdem. Vereine eine Mitgliederversammlung statt. Vollständiges Erscheinen erwünscht.
Der Einberufer.
Geißelstein. (Sozialdem. Verein.) Samstag, 19. April, findet in der Brauerei Wender Parteiversammlung statt, wozu sämtliche Parteimitglieder und „Volksfreund“-Leser freudl. eingeladen sind. 2811

In meinem
Stadtlager, Rüppurrerstraße 8
 ist von morgens 8 bis 12 und nachmittags von 2 bis halb 6 Uhr Gelegenheit geboten sich mit
Buchen- und Anfeuer-Holz
 zu den festgesetzten Preisen einzudecken.
Carl Zinkelstein
 Holz- und Kohlenhandlung.
 Rüppurrerstr. 8. Telephon 5113.

Schwimmhalle im Friedrichsbad
 Jeden Mittwoch u. Samstag, abends von 6-8 Uhr:
 Mit Kabinett Männer 50 Pf., Knaben 30 Pf.

Am **Ostersamstag, den 19. April**, bleiben unsere Geschäftsräume, die der Reichshauptbank in Berlin und sämtlicher übrigen Reichsbankstellen geschlossen.
 Karlsruhe, den 14. April 1919.
Reichsbankstelle.
 I. V.: Stössel, Hartung.

Für Reise und Ferien!
 Jede diesbezügliche Auskunft, Ausarbeitung von Plänen, Adressenvermittlung, touristische Beratung, M. Schulze, Werderstr. 15, 3. Stod. 2828

Stärke-Wäsche
 wird wieder in normaler Weise besorgt.
Dampfwäscheanstalt Schorpp. 2814

Am
Ostersamstag, 19. April d. J.
 bleiben unsere Geschäftsräume
geschlossen.
Vereinsbank Karlsruhe
 e. G. m. b. H. 2828

Der Wahre Jacob ist erschienen.

Sobald erschienen neu **Hygiene der Ehe**
 in 250. Auflage: **Aerztlicher Führer für Braut- und Eheleute von Frauenarzt Dr. med. Zikel, Charlottenburg.**
 Aus d. Inhalt: Über die Frauen-Organe. Körperliche Ehetauglichkeit und Untauglichkeit. Gebär- und Still-Fähigkeit. Frauen, die besser nicht heiraten sollten! usw. — Euthanasie und Ausschweifungen vor der Ehe. — Eheliche Pflichten. Keuschheit oder Polygamie? Hindernisse der Liebe usw. Krankheiten in der Ehe. Rückstände früherer Geschlechtskrankheiten. Vorbeugung und Ansteckungsschutz usw. — Körperliche Leiden der Ehefrau. Ursachen und Heilung der weiblichen **Gefühlskälte.** Folgen der Kinderlosigkeit. Gefahren später Heirat für die Frau. Historische Anfälle usw. — Bezug genommen von M. 2. — franko oder gegen Nachnahme durch Medizin. Verlag Dr. Schweizer, Abt. 812, Berlin NW 78.

Ladengeschäfte
 sind geöffnet von
8 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm.
Detailisten-Vereinigung Karlsruhe, e. V. 2835

Wer sich ein gutes Getränk herstellen will, der verwende den bekannten **Ruf's Kunstmohntausch** mit Hebelbezug und mit Süßholz, die Flasche zu 100 Liter reichend, kostet M. 15.—, ferner **Ruf's Hebelbeeren** mit Zuckern in Paketen zu 50, 100 und 150 Liter.
Viele Anerkennungen.
Robert Ruf, Hebel-Verbandhaus, Ettlingen.
 Raibwangen, 8. 11. 1918.
 Senden Sie mir wieder 2 Flaschen Kunstmohntausch mit Hebelbezug und mit Süßholz zu 200 Liter. Wir dem besten was ich sehr zuwischen zu.
 gez. Christian Schneider, Bahnwärter.
 Auenheim (Amt Steff), 2. Dez. 1918.
 Da uns das von Ihnen Kunstmohntausch vorzügliches Getränk angekommen ist und schon viele Freunde erworben hat, so erlaube ich Sie freundlichst um sofortige Zusendung einer Flasche Kunstmohntausch mit Hebelbezug und mit Süßholz zu.
 gez. Karl St. Landenberger.
 Niederlagen in Karlsruhe: **E. Dausse Nachf.,** Augustenstraße und **E. Ruf, Jorkstraße.**

Flechtenleiden
 dauernde Beseitigung durch deutsch. Reichspat. Prof. **geal. Sanis Verband** München 26 C. 1100

Rasier-Ringen
 (Billete), werden haarhart geschliffen, Std. 10 Pf. **Kaiserstr. 34, Baden.**

Achtung!
 Umzüge mit Rollen und Möbelwagen werden durch Selbstweiche und geliebten Kanten gut und billig ausgeführt.
Näheres Adam Werle, Scheffelstr. 42, ptr.

Zahn-Praxis Rudolph Holl
 Dentist
 Spezialist für Kronen- und Brückenarbeiten.
 Zahnersatz und Plomben in künstlerischer Ausführung.
Karlsruhe, Ritterstr. 8, neben Warenhaus Tietz Fernruf 2798.
 Sprechstunden: 8-12 und 2-6. 886
 Auf Wunsch nach vorheriger Vereinbarung Behandlung auch ausserhalb der üblichen Sprechstunden.

Email-Geschirre
 werden dauerhaft repariert (nicht gelöst) 2806
Geschirr-Reparaturanstalt
 Karlsruhe, Körnerstr. 39, im Hof. Telefon 1421.

Galerie Moos
 Kaiserstrasse 187 L.
 April 1919
AUSSTELLUNG
 der Gruppe „RIH“
 Geöffnet: Täglich; 10-6 Uhr. Sonntags: 11-1 und 2-4 Uhr.

Eisenbahnerzeitungen
 in allen Größen zu haben in **Weintraubs An- u. Verkaufsgeschäft**
 Kronenstrasse 52.
Knabenjournalen
 zu verkaufen. 2822
Werderstr. 73, 2. St.

Betten u. Postermöbel
 werden prompt und billig aufgearbeitet. 2677
Fr. Gayer,
 Tapezier u. Dekorateur,
 Lumboldstraße 28.

Standesbuch-Anzüge der Stadt Karlsruhe
 Geschäftliche. Emil Graf von Altviesloch, Geschäftsführer hier, mit Nikolaus von Durlach, Alois Alder von Böllersbach, Hilfsarbeiter hier, mit Maria Birmele, von Heringen. Eugen Haas von hier, Eisenreger hier, mit Anna Bauer von Tübingen. Karl Jörger von Oberweier, Väckermeister hier, mit Karolina Traut von Durnmersheim. Otto Gers-

nach von Harböllingen, Kaufmann hier, mit Rosa Dahnner von hier.
 Geburten. Verta, Emma, Vater Ludwig Grether, Schreibgehilfe. Lisa, Verta, Vater Otto Schuder, Wagenführer. Elise, Vater Karl Ludwig Roth, Tagl. Hilfelotte, Anna, Vater Emil Schardt, Kaufmann. Elia, Vater Hermann Vetter, Tagl. Max, Vater, Vater Gg. Ernst, Brauer. Hildegard, Erna, Vater Gg. Hall, Hotelier. Gerdrun, Martha, Elia, Helene, Vater Paul Stemer, Bahnarzt. Rolf, Emil, Georg, Vater Wilhelm Kaiser, Kaufmann. Karl, Friedrich und Hans Wilhelm, (Hofling), Vater Johann Schmitz, Weintriebhaber.
 Todesfälle. Wilh. Meergraf, Bahnarbeiter, Ehemann, alt 32 Jahre. Ferd. Schottmüller, Kohlenhändler, Ehemann, alt 68 Jahre. Aug. Granger, Hofdiener a. D., Ehemann, alt 73 J. Albert, alt 4 Monate 7 Tage. Vater Richard F. Helder, Maurer. Heinrich Grauer, Fabrikant, Ehemann alt 64 Jahre. Karl, alt 9 Monate 3 Tage, Vater Karl Schmidt, Rangierer.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.
 Geburten. Jakob, Vater Jakob Boug u. Fabrikarb. Michael, Vater Josef Rehrer, Stadt. T. Eschauer, Leiter.
 Geschäftliche. Gust. Adolf Mayer, Metzger, und Emma Agnes Luise Raquet. Wilhelm Eidel, Metzger in Königbach, und Lina Eidel, ebenda. Karl Ernst, Polizeibeamter in Karlsruhe, und Mädchen Susanna Friederike Kattermann.
 Todesfälle. Susanna Karoline Köhne, geborene Red. Witwe des Schreiner Ludwig Anton Gauer, 77 Jahre alt. Albert Grub, Fabrikarbeiter, Ehemann, 63 Jahre alt.

Bayern

meldet Euch zum Eintritt in das Bayer. Freikorps für den Grenzschutz Ost.

Bedingungen wie bei allen anderen Freikorps.
-: Eigenes Korpsabzeichen -:
Fahrkarten zum Aufstellungsort:
Ohrdruf i. Th. bei Gotha lösen.
Die Kosten werden ersetzt.
Vom Reichwehrminister mit der Aufstellung und
Führung des bayerischen Freikorps beauftragt.
Franz von Epp, Oberst. 2688

Zum Neubau von Klein-
wohnungen hinter der Zula-
Schule sind
**Zimmerarbeiten und
Dachdeckerarbeiten**
zu vergeben. Vorbrude Lö-
nen beim städt. Hochbau-
amt, Karl Friedrichstr.
Nr. 8 (Eingang Fabrik-
straße) Zimmer Nr. 170,
abgeholt werden. Daselbst
sind die Angebote bis
**Mittwoch, den 23. April
d. J. vormittags 10 Uhr,**
einzureichen. 2729
Karlsruhe, 10. April 1919.
Stadt. Hochbauamt.

Regimentskommando Karls-
ruhe stellt als Schreiber
bei der Versorgungsab-
teilung mehrere ehemalige
Sanitätsunteroffiziere ein.
Bewerber können sich bei
der Versorgungsabteilung,
Kaiserstr. 8 melden. 2817

zum Ankauf
**Offiz. Uniformen,
Schmucksachen
Wäsche u. s. w.**



**Gef. Angebote
erbitet:**
**Weintraub's
An- u. Verkauf-
Geschäft,**
Leonardsstr. 52
Telefon: 3747

Stadt.
Vierordbad.
Kohlensäure Bäder und
elegante
Wannenbäder
I., II. u. III. Klasse.
Für Herren u. Damen
geöffnet: Werktags
vorm. 9-1 Uhr, nachm.
2 1/2 - 7 1/2 Uhr. Sams-
tags nach über die
Mittagszeit geöffnet.
An Sonn- u. Feiertagen
geschlossen. 397a

Zentral-Verband der Fleischer und Berufsgenossen.

Alle Kolleginnen und Kollegen des Metzgereiberufes
lade ich hiermit zu der am **Donnerstag, den 17. April,**
abends 7 Uhr, im Gasthaus zum weißen Löwen,
Kaiserstraße 21, stattfindenden öffentlichen

Mitglieder-Versammlung

freundlichst ein.
Tagesordnung:
1. Die wirtschaftliche Lage unseres Berufes.
2. Unsere Aufgaben in der Gemeinde-Politik
3. Verschiedenes 2815
Der Geschäftsführer Karl Kern.
Vize: Kaiser-Allee Nr. 67.

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Karlsruhe.
Am **Mittwoch, den 16. April, abends punkt
5 Uhr,** in der Gewerkschaftszentrale, Kaiser-
straße 13 2834

Vertrauensmänneritzung

für die Bezirke Karlsruhe und Durlach.
Tagesordnung:
1. Quartalsbericht
2. Reisebericht
3. Fortsetzung der Aussprache über kollektiven
Arbeitsvertrag.
Wir erfragen pünktlich zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Rastatt.

Am **Mittwoch, 16. April, abends halb 8 Uhr,**
findet im vorderen Zimmer des Gasthauses zur Linde
in Rastatt eine

Angeordneten-Versammlung

zur Gründung einer Or. sgruppe des freigewer-
kschaftlichen Zentralverbandes der Handlungsgelassen
statt. Alle männlichen und weiblichen Angeordneten,
Verkaufser und Verkäuferinnen sind dazu eingeladen,
besonders auch das Personal der Ka. Geschw. Anovf.
2829 Der Einberuier.

Konsum-Verein Rastatt

e. G. m. b. H.
Mitglied des Konsumvereins Baden-Baden und
der Großverkaufsgenossenschaft deutscher Konsum-
vereine in Hamburg.

Geschäfts-Eröffnung: 1. Juli 1919

im Laden Ecke der Herren- und Rappentstraße
im Hause des Herrn Möbelfabrikanten Freidinger.
Zum Verkauf kommen alle Kommunalverbandswaren
und viele andere Konsumartikel.
Anmeldungen zum Beitritt können immer noch er-
folgen bei den bekannten Mitgliedern, deren Adressen
in unserer Laden ausgehängt sind.
Die Mitgliederliste werden wir demnächst dem
Kommunalverband einreichen, damit die Mitglieder auch
ihre Kommunalverbandswaren im Konsumverein be-
ziehen können. Als baldiger Beitritt ist deshalb sehr
erwünscht. 2726

Rastatt, den 9. April 1919.
Der Vorstand.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Achtung!
Die Friseur-Geschäfte der Oststadt
ändern ihre Mittagspause und halten mittags
statt wie bisher von 1-2 jetzt von 2-3
12-1 Uhr geschlossen
und bitten das verehrliche Publikum hiervon
Kenntnis zu nehmen.
Sämtliche Friseur-Geschäfte der Oststadt.

Das badische Volkshier betr.
Zum Schutze unserer Heimat hat die Bad. Volks-
regierung mit dem Generalkommando ein Badisches
Volkshier mit folgenden Standorten aufgestellt:
für Infanterie: Selbeseben, Bruchsal, Durlach, Frei-
burg i. Br., Rastatt, Villingen.
für Feldartillerie: Söllingen, Freiburg i. Br., Mägenau,
Ebnel, Kuppenheim, Weingarten.
für Kavallerie: Freiburg i. Br.
für Artillerie: Bruchsal, Eppingen und Eisdheim.
für Kraftfahrer: Freiburg i. Br.
für Pioniere: Baden-Baden.
für Nachrichten-Truppen: Bretten.

Freiwillige im Alter von 21-36 Jahren werden
zum Eintritt in das Badische Volkshier gesucht.
Straflosigkeit, Unterordnung, Felddienstfähigkeit,
einwandfreie Führung und Kriegserfahrung sind Vor-
aussetzung. Ausnahmeweise können auch ungeübte
jüngere Leute zum Zwecke der Ausbildung angenommen
werden.

Bei freier reichlicher Verpflegung wird die Wohnung
entsprechend den Dienstgraden, also mindestens 30 M.
monatlich nebst 4 M. täglicher Zulage, gewährt.
Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die
Badischen freiwilligen Formationen als militärische
Truppen anzusehen sind, deren Angehörigen ein An-
spruch auf Familienunterstützung und Hinterbliebenen-
fürsorge im Falle der sonstigen Voraussetzungen zusteht.
Die Wohnung erfolgt beim Bezirkskommando des
Landwehrbezirks des Wohnortes.
Der Garnisonort kann von dem sich Meldenden
gewählt werden. 2824
Ankunft und Rat werden von den Bezirks- und
Bürgermeisterämtern erteilt.
Karlsruhe, den 12. April 1919. D. 3. 136.
Bezirksamt.

Maßnahmen gegen Wohnungsmangel betr.
Auf Grund der Verordnung des Ministeriums für
Hebungsangelegenheiten und Wohnungswesen vom 29. III.
1919 wird mit Genehmigung des Ministeriums folgen-
des angeordnet:

1. Wohnungen und Räume dürfen nur unter Namens-
angabe des Vermieters und genauer Bezeichnung
von Straße, Hausnummer und Stockwerk zu
Wohnzwecken öffentlich ausgeschrieben werden.
2. Das öffentliche Verpachten einer Wohnung für
den Nachweis von Mietwohnungen und Miets-
räumen, sowie die öffentliche Aufforderung zur
Abgabe von Preisangeboten auf Mietwohnungen
und Mietsräume ist verboten.
3. Die Vermietung, Ueberlassung und Angebrach-
nahme von benutzten und unbenutzten Wohnungen
und Räumen zu Wohnzwecken ist nur mit vor-
heriger Zustimmung des Wohnungsamts zulässig.
Dem Antrag auf Erteilung der Zustimmung ist
der abschließende Mietvertrag beizulegen.

Die Zustimmung soll in der Regel nur erteilt
werden, wenn das Wohnungsamt dem Verfügungsberech-
tigten gleichzeitig einen Wohnungsfürsorge-Bezeichnet.
§ 4 der Verordnung des Bundesrats über Maßnahmen
gegen Wohnungsmangel vom 23. September 1918 gilt
entsprechend.

Wird die Zustimmung verweigert, ohne daß dem Ver-
fügungsberechtigten ein Wohnungsfürsorge-Bezeichnet
word, so ist dem Verfügungsberechtigten gleichzeitig eine
angemessene Frist zu bestimmen, binnen welcher er die
Entscheidung des Wohnungsfürsorgeamtes anrufen kann.
Das Einigungsamt entscheidet endgültig.

Verfügungen ohne die erforderliche Zustimmung des
Wohnungsamtes sind rechtsunwirksam. Das Wohnungs-
amt kann die betreffenden Wohnungen sofort in An-
spruch nehmen.
Zu widerstandlungen gegen diese Anordnungen wer-
den mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark bestraft.
Formulare u. Anträge gemäß obiger Ziffer 3 sind
beim Wohnungsamt erhältlich.
Karlsruhe, den 14. April 1919. 2825
Der Statthalter.

Frauenarbeitschule des Bad. Frauenvereins

(gewerbliche Unterrichtsanstalt)
zur Hebung der Bildung und Erwerbsfähigkeit
des weiblichen Geschlechts.

Montag, den 28. April, vormittags 8 Uhr,
beginnen sämtliche Kurse in allen weiblichen Hand-
arbeiten für Töchter aller Stände zur Aneignung nüt-
zlicher Kenntnisse und Fertigkeiten, die das alltägliche
Leben von jeder Frau fordert. Außerdem Unterricht
im Rechnen, Buchführung, Rechnen, Deutsch, Lebens-
kunde, Turnen, Gesang.

Vorbereitung für Handarbeitslehrerinnen,
Lehrerinnen an Gewerkschulen, Weißnäherinnen, Mel-
derinnen, Zimmermädchen und Stammerjungfern.
Volle Pension für auswärtige Schülerinnen in
der Anstalt. Sorgfältige Erziehung und Pflege.
Sagunen durch die Anstalt, Gartenstr. 47. Leiterin:
Frau'eln Josefina Mayer, Hauslehrerin. Anmel-
dungen täglich zwischen 11 und 12 Uhr oder schriftlich.
Karlsruhe, im März 1919. 2097

**Der Vorstand
der Abteilung I des Bad. Frauenvereins.**

Daniels Konfektionshaus
Wilhelmstrasse 34, 1 Treppn Telefon 1846
**Frühjahrs- und Seiden-Mäntel,
Seiden- und Moire-Jachen,
Jackenkleider, Röcke, Blusen,
Seiden- und Voile-Kleider -:
Konfirmanden- u. Kinderkleider.**
Billige Preise, Keine Ladenspesen.

Sozialdem. Verein Karlsruhe.

Mittwoch, den 16. April, abends 8 Uhr, in
der alten Brauerei Kammerer, Waldhornstraße,
Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Gen. A. Weismann, Mitglied der
A. V., über das „Nährstoffproblem“.
2. Aufstellung der Kandidaten zu den Gemeinde-, Be-
zirks- und Kreiswahlen.
Wir laden unsere Mitglieder zu dieser Versamm-
lung höflichst ein mit dem Erfuchen, zahlreich zu erscheinen.
2807 **Der Vorstand.**

Sozialdem. Partei Aue b. D.

Am **Donnerstag, den 17. April, findet im
Sternensaal ein öffentliche**
Verbraucher-Versammlung

statt
Tagesordnung:
1. Bericht über die Lebensmittelversorgung.
2. Zusammenfassung aller Verbraucher zur
Geltendmachung ihrer Rechte.
Zu dieser Versammlung werden sämtliche Einwohner
und Verbraucher, Männer und Frauen, eingeladen. Um
gewichtiges Urteil abzugeben, ist es Pflicht, in dieser
Versammlung zu erscheinen. 2813
Es ladet freundlich ein **Der Vorstand.**

Städtisches Konzerthaus.

Dienstag, den 15. April 1919. 2827
Vorstellung des Badischen Landestheaters.
Dienstagsmiete Nr. 28.

Der Schwarzkünstler.

Lastspiel in drei Aufzügen von Emil Göt.
Anfang 1/8 Uhr. Ende 1/10 Uhr.
Mittwoch den 16. April, 1/8 Uhr:

4. Sinfoniekonzert

der Kapelle des Landestheaters.
Mitwirkende: Josef Peischer u. Paul Trautvetter.
Vortragsfolge:
1. Brahms' Doppel-Konzert für Violine und
Violoncello mit Begleitung des Orchesters.
2. Brückners 7. Sinfonie E-dur für großes
Orchester. 2785
Eintrittspreise: 1-5 Mark.

Bach-Verein E. V.

Eintrittskarten zu der am **17. April, abends
7 Uhr,** in der Festhalle stattfindenden
General-Probe
zur **Matthäuspassion**

sind zum Preise von 2 Mark — auch für Mit-
glieder — in der Musikalienhandlung Doerfl, sowie
an der Abendkasse zu haben. 2831
Kasseneröffnung um 6 Uhr.

Berichtigung.

Zu der Bekanntmachung über die Lebensmittelver-
teilung für die laufende Woche ist bezüglich des Preises
ein Versehen unterlaufen. Der Preis für 1 Pfd. Grün-
senfene löse beträgt 58 Pfg., der Preis für 1 Paket Grün-
senfene 55 Pfg. 2833
Karlsruhe, den 14. April 1919.
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Die Eierverteilung

findet in dieser Woche von Donnerstag, den 17. April
bis Samstag, den 19. April 1919 statt. 2832
Karlsruhe, den 14. April 1919.
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Die Nachtzeit.

Behördlich freigegeben, 20 versch.
entzündende Alt- u. Modellarten,
20 Karten Mt. 3.-, 100 Karten Mt. 12.50, Porto extra.
Vorinsend. od. Nachn. O. Fischer, Berlin-Dallensee,
Markgraf-Albrechtstr. 4. Postfach 62040 Berlin. 2237

Ostern!

**Flaschenweine
Schaumweine
Südweine
Cognac
Liköre etc.**
empfiehlt preiswert

Max Homburger
Weingroßhandlung
30 Kronenstrasse 30
und
124 a Kaiserstrasse 124 a.